

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **gesis** Publikation

Inhalt

Altersarmut: Tendenz steigend	1
European Framework for Measuring Progress (e-Frame)	7
Gleichheit fühlt sich besser an	8
Breite Zustimmung für das europäische Modell eines starken Sozialstaats	12
Sektion Soziale Indikatoren auf dem Soziologiekongress 2012	16
2. Forum der International Sociological Association (ISA): Programm des Research Committee 55 „Social Indicators“	16

Altersarmut: Tendenz steigend

Analysen zu Lebensstandard und Armut im Alter

Während Armut auch in Deutschland über viele Jahrzehnte primär mit Alter und Ruhestand assoziiert wurde, galt sie in dieser Form – vor allem infolge der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung und einer langen Periode wirtschaftlicher Prosperität – zuletzt als weitgehend überwunden und hatte sich zunehmend auf andere gesellschaftliche Gruppen verlagert. Neuerdings wird jedoch in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion wieder vermehrt vor einer Wiederkehr der Altersarmut gewarnt. „Altersarmut, das ist absehbar, wird zu einem Massenphänomen“ schrieb DER SPIEGEL 2008 (Nr. 7: 63) und die OECD (2007) hatte bereits ein Jahr zuvor mit einem Verweis auf die niedrigen Rentenansprüche von Geringverdienern die Gefahr einer neuen Altersarmut in Deutschland beschworen. Befürchtungen, dass die zunehmende Zahl von gebrochenen Erwerbsbiographien und die Expansion des Niedriglohnssektors in Deutschland zu einem Wiederanstieg der Altersarmut führen könne, werden auch von der Deutschen Rentenversicherung und den Sozialverbänden geteilt. Zudem haben aber wohl auch die Reformen der gesetzlichen Alterssicherung das Risiko der Altersarmut erhöht, denn „selbst für Durchschnittsverdiener besteht die Gefahr, dass ihre spätere Rente bei Erwerbsunterbrechungen nicht einmal die Grundsicherung erreicht.“ (Schmähl 2011: 12).

Vor dem Hintergrund eines gegenwärtig von vielen Beobachtern für möglich gehaltenen oder gar erwarteten Wiederanstiegs der Altersarmut beschäftigt sich der vorliegende Beitrag mit den materiellen Lebensverhältnissen im Alter und zielt darauf ab, empirische Antworten auf die folgenden Fragen zu geben:

- Wie stellt sich die materielle Lage der Bevölkerung im Ruhestand – gemessen an Einkommen, Konsumausgaben und Vermögen – im Vergleich zu anderen Altersgruppen und dem Durchschnitt der Bevölkerung dar und wie hat sie sich im Zeitverlauf verändert?
- In welchem Ausmaß sind die Lebensverhältnisse im Alter durch soziale und ökonomische Ungleichheit geprägt?
- Wie groß ist das Ausmaß der Altersarmut in Deutschland, wie hat sich das Risiko der Altersarmut entwickelt und welche Bevölkerungsgruppen sind davon vor allem betroffen?

Die empirischen Analysen stützen sich primär auf die der Wissenschaft zur Verfügung stehen-

den Mikrodatsätze der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) der amtlichen Statistik¹, insbesondere auf die Daten der jüngsten der in fünfjährigem Abstand durchgeführten Erhebungen aus dem Jahr 2008. Für Zeitvergleiche werden darüber hinaus auch die EVS-Datsätze der Jahre 1993, 1998 und 2003 herangezogen. Die Vorteile dieser Datenbasis für die hier verfolgte Fragestellung bestehen insbesondere in der Größe der Stichprobe und dem Angebot von differenzierten – mit einem Haushaltsbuch über drei Monate ermittelten – Informationen zu Einkommen und Ausgaben sowie zum Vermögen der privaten Haushalte. Ergänzend zu den Daten der EVS werden für spezifische Analysen auch Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP)², des Mikrozensus³ sowie der ‚European Union Statistics on Income and Living Conditions‘ (EU-SILC)⁴ herangezogen.

In den nachfolgenden Analysen werden mindestens drei Altersgruppen unterschieden: Personen im Alter ab 65 Jahren – die Alten- bzw. Ruhestandsbevölkerung; Personen im Alter von 55 bis 64 Jahren, eine in mehrfacher Hinsicht heterogene Altersgruppe, die sich teilweise bereits im Ruhestand befindet, sowie die

20-54-Jährigen als Kerngruppe der Erwerbsbevölkerung zum Vergleich. Darüber hinaus wird innerhalb der Ruhestandsbevölkerung in verschiedenen Zusammenhängen noch zwischen den ‚jungen Alten‘ – den 65-69-Jährigen – sowie den ‚alten Alten‘ – Personen im Alter von 70 Jahren und darüber – differenziert.

Angesichts der nach wie vor bestehenden erheblichen Ost-West-Differenzen in den materiellen Lebensverhältnissen wird zudem durchgängig zwischen den westdeutschen und ostdeutschen Bundesländern unterschieden.

Die einkommensbezogenen Analysen beruhen in der Regel auf Äquivalenzeinkommen, um den Vergleich von Haushalten unterschiedlicher Größe und Struktur zu ermöglichen. Für die Äquivalenzgewichtung wird die modifizierte OECD-Skala verwendet³. Die Äquivalenzeinkommen werden auf der Grundlage der ermittelten Haushaltsnettoeinkommen berechnet. Bei der Berechnung von Äquivalenzausgaben wird entsprechend verfahren.

Das diesem Beitrag zugrunde liegende Einkommenskonzept schließt eine unterstellte Miete für selbstgenutztes Immobilieneigentum bewusst nicht ein. Obwohl argumentiert werden kann, dass damit der materielle Lebensstandard von Haushalten unterschätzt wird, die in einem schuldenfreien Eigenheim oder einer Eigentumswohnung leben⁶, was überdurchschnittlich häufig für die ältere Bevölkerung zutrifft, gibt es unseres Erachtens auch gute Gründe auf die Einbeziehung einer „fiktiven Miete“ zu verzichten. Gegen die Einbeziehung der „fiktiven Miete“ in das

Haushaltseinkommen spricht unter anderem, dass es sich dabei nur bedingt um Einkommen handelt, die auch für andere Zwecke ausgegeben werden können: „...the rent imputed to the household is not in fact equivalent to cash income actually received, in that it cannot be used to meet other expenditure needs“ (Marlier et al. 2007: 149). Die Tatsache, dass ältere Personen nicht nur häufiger über Wohneigentum verfügen, sondern auch in überdurchschnittlich großen Wohnungen leben⁷, dürfte dazu führen, dass eine unterstellte und dem Einkommen zugerechnete fiktive Miete den aus dem Wohneigentum resultierenden tatsächlichen Nutzen und angenommenen Einkommensgewinn signifikant überschätzt. Es kommt hinzu, dass für die ältere Bevölkerung auch die Wohnkosten überdurchschnittlich hoch sind, was in der Berechnung der fiktiven Miete ebenfalls keine Berücksichtigung findet⁸.

Darüber hinaus sind es jedoch auch praktische Gründe, wie z. B. die Tatsache, dass entsprechende Angaben in bestimmten Datensätzen (z. B. Mikrozensus) nicht vorliegen oder aber in uneinheitlicher sowie methodisch unbefriedigender Weise geschätzt werden, die zu der Entscheidung geführt haben, auf die Einbeziehung einer fiktiven Miete in die Haushaltseinkommen im Rahmen dieses Beitrags zu verzichten.

Relative Einkommensposition der Ruhestandsbevölkerung leicht gesunken

Der materielle Lebensstandard kann an verschiedenen Indikatoren gemessen werden. Neben dem Haushaltseinkommen kommen dafür vor allem auch die Ausgaben für den

privaten Konsum sowie das private Vermögen in Betracht. Für eine Analyse der Einkommensverhältnisse der älteren Bevölkerung im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen stellen relative Einkommenspositionen, die in Prozent des – am Median gemessenen – mittleren äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommens ausgedrückt werden, ebenso anschauliche wie geeignete Maßzahlen dar (siehe Tabelle 1). Bezogen auf das mittlere Haushaltsäquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Deutschland insgesamt (Median 1558 EUR = 100) ergibt sich im Jahr 2008 für die Bevölkerung im Rentenalter (65 J. +) eine relative Einkommensposition von 95% in Westdeutschland und 87% in Ostdeutschland. Die 55-64-Jährigen erreichen in den westdeutschen Bundesländern mit 108% eine ebenso hohe Einkommensposition wie die 20-54-Jährigen, schneiden dagegen in den ostdeutschen Bundesländern mit 79% am schlechtesten ab. Während die Einkommensposition der Ruhestandsbevölkerung den westdeutschen Durchschnitt um 8 Prozentpunkte unterschreitet, liegt sie in Ostdeutschland nur knapp unter dem ostdeutschen Durchschnittswert, d. h. die Ruhestandsbevölkerung schneidet dort im Vergleich der Altersgruppen besser ab als in Westdeutschland.

In der zeitlichen Entwicklung zeichnet sich im Beobachtungszeitraum bereits eine Verschlechterung der relativen Einkommensposition der Ruhestandsbevölkerung ab, in Ostdeutschland, wo sie zwischen 2003 und 2008 von 95 auf 87% gesunken ist, stärker ausgeprägt als in Westdeutschland, wo sich der Rückgang auf drei Prozentpunkte beläuft.

Tabelle 1: Haushaltseinkommen und -ausgaben nach Alter in West- und Ostdeutschland¹

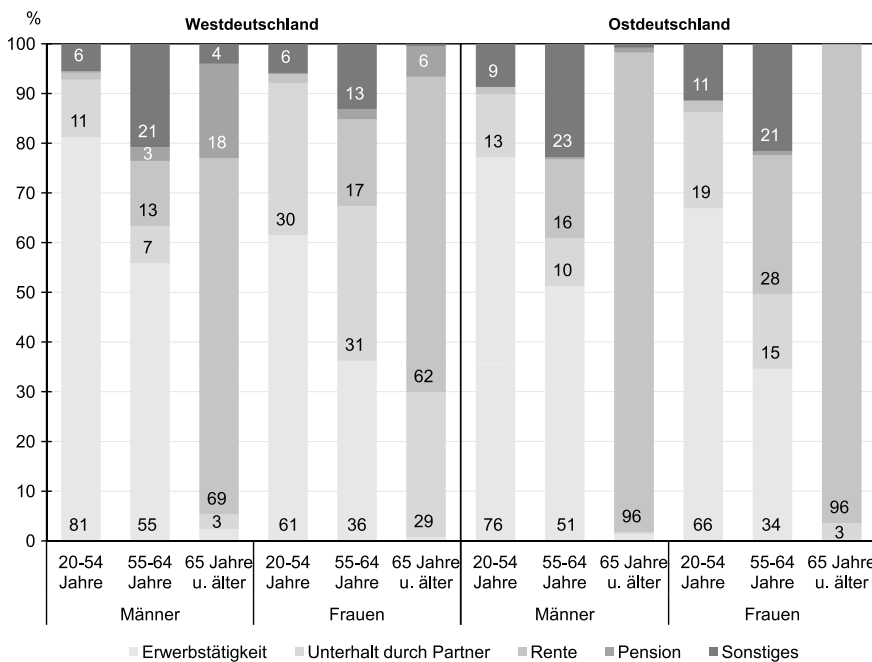
	Haushaltsnettoeinkommen	Äquivalenzeinkommen	Relative Einkommensposition ²	Konsumausgaben	Äquivalenzausgaben	Relative Konsumposition ²	Konsumquote	Vermögen in Euro
Median								
Westdeutschland								
20-54 Jahre	2999	1689	108	2045	1177	104	72	9432
55-64 Jahre	2566	1684	108	1870	1248	110	77	15321
65 Jahre u. älter	2029	1485	95	1615	1189	105	82	21000
<i>darunter ...</i>								
65-69 Jahre	2159	1517	97	1723	1238	109	82	22000
70 Jahre u. älter	1963	1463	94	1569	1163	102	82	20842
Gesamt ³	2831	1606	103	2010	1157	102	75	12010
Ostdeutschland								
20-54 Jahre	2406	1434	92	1730	1039	92	77	5386
55-64 Jahre	1720	1235	79	1419	1014	89	85	8551
65 Jahre u. älter	1864	1353	87	1490	1097	97	84	19002
<i>darunter ...</i>								
65-69 Jahre	1796	1274	82	1484	1070	94	86	17999
70 Jahre u. älter	1890	1392	89	1494	1109	98	83	19411
Gesamt ³	2191	1368	88	1679	1040	92	80	8011
Deutschland Gesamt³	2703	1558	100	1947	1135	100	75	11145

(1) Sämtliche Berechnungen ohne unterstellte Miete

(2) Median für Gesamtdeutschland = 100

(3) Einschließlich Personen unter 20 Jahren

Grafik 1: Überwiegender Lebensunterhalt nach Altersgruppen und Geschlecht



Datenbasis: EVS 2008

17%) und 19% der Frauen (Ostdeutschland 29%) den Bezug einer Rente oder Pension als überwiegender Quelle des Lebensunterhalts an.

Von Interesse ist darüber hinaus, welchen Beitrag die einzelnen Einkommensarten zum gesamten Haushaltseinkommen leisten. Betrachtet man die Zusammensetzung der Haushaltsbruttoeinkommen in der Altenbevölkerung (Tabelle 2), so entfielen 2008 in Westdeutschland im Durchschnitt 54% auf gesetzliche Renten, 11% auf Pensionen, 4% auf Werks- und Betriebsrenten, 6% auf Kapitaleinkünfte und 15% auf sonstige öffentliche Transfers, darunter auch Grundsicherungsleistungen. In Ostdeutschland machen Bezüge aus der gesetzlichen Rentenversicherung dagegen durchschnittlich 83% der gesamten Haushaltsbruttoeinkommen aus, d.h. alle anderen Einkommensarten – außer Einkünften aus sonstigen öffentlichen Transfers (9%) – spielen hier nur eine marginale Rolle.

Da der Lebensunterhalt und der erreichte Lebensstandard auch aus anderen Mitteln als dem aktuellen Einkommen bestritten und finanziert werden können, müssen neben dem Einkommen auch Ausgaben und Vermögen in die Analyse einbezogen werden, um die materielle Lage angemessen beurteilen zu können. Der Befund einer im Mittel derzeit noch vergleichsweise günstigen materiellen Situation der älteren Bevölkerung, der sich aus der Untersuchung der Einkommensverhältnisse ergeben hat, bestätigt sich auch bei der Betrachtung der Konsumausgaben (Tabelle 1): Das von der Bevölkerung der über 64-Jährigen in Westdeutschland erreichte Ausgabenniveau entspricht mit einer relativen Konsumposition von 105% in etwa dem Niveau der 20-54-Jäh-

Alterseinkünfte in Ostdeutschland fast ausschließlich auf Rentenbezüge beschränkt

Die Einkommen, die ältere Menschen beziehen, sind vielfach nicht auf Altersbezüge in Form von Renten und Pensionen beschränkt, sondern können sich auch aus anderen Quellen speisen. Stützt man sich zunächst auf die individuellen Angaben zur hauptsächlichen Einkommensquelle (Grafik 1), so zeigt sich, dass Renteneinkünfte für eine große Mehrheit der Altenbevölkerung in Ostdeutschland – 96%

der Männer und Frauen – die überwiegender Quelle des Lebensunterhalts darstellen. In Westdeutschland spielen dagegen neben Renten (Männer 69%; Frauen 62%) auch Pensionen und sonstige Einkünfte, wie z. B. Kapitaleinkommen sowie für Frauen auch der Unterhalt durch den Partner (29%) für beachtliche Anteile der Bevölkerung im Ruhestand als überwiegender Quelle des Lebensunterhalts eine maßgebliche Rolle. In der heterogenen Altersgruppe der 55-64-Jährigen geben in Westdeutschland 16% der Männer (Ostdeutschland

Tabelle 2: Anteil verschiedener Einkommensarten am Haushaltsbruttoeinkommen¹ (in %)

	Erwerbstätigkeit	Vermögen	Öffentliche Transfers	Einkommen durch		Nicht-öffentliche Transfers	Darunter:	
				Darunter: Renten	Pensionen		Werks- / Betriebsrenten	Priv. Versicherungen
Westdeutschland								
20-54 Jahre	77	2	17	2	1	4	0	1
55-64 Jahre	55	8	32	14	2	5	1	1
65 Jahre u. älter	6	6	80	54	11	7	4	1
<i>darunter ...</i>								
65-69 Jahre	10	8	75	51	11	7	4	1
70 Jahre u. älter	4	6	83	56	11	7	4	1
Gesamt	57	4	34	16	3	5	1	1
Ostdeutschland								
20-54 Jahre	73	1	21	2	0	4	0	0
55-64 Jahre	50	5	42	21	0	3	0	0
65 Jahre u. älter	4	3	92	83	0	2	0	0
<i>darunter ...</i>								
65-69 Jahre	8	2	88	81	0	2	0	0
70 Jahre u. älter	2	3	93	84	1	2	0	0
Gesamt	52	2	42	26	0	3	0	0
Deutschland Gesamt	56	4	36	18	3	5	1	1

(1) Arithmetisches Mittel der Anteile auf Personenebene

Datenbasis: EVS 2008

Tabelle 3: Relative Einkommens- und Konsumposition¹ von Rentnern und Pensionären ab 65 Jahren in Westdeutschland

	Relative Einkommensposition	Relative Konsumposition
Rentner	89	101
Pensionäre	167	155

(1) Median für Gesamtdeutschland = 100

Datenbasis: EVS 2008

rigen (104). Die höchsten Ausgabenniveaus erreichen in Westdeutschland die 55-69-Jährigen, d. h. Personen, die das Ende des aktiven Erwerbslebens bereits vor Augen haben oder sich in einer frühen Phase des Ruhestands befinden. Diese Befunde deuten darauf hin, dass ältere Menschen heute anders als in der Vergangenheit nicht nur in der Lage, sondern auch darauf bedacht sind, ihr gewohntes Lebensniveau zunächst auch nach dem Übergang in den Ruhestand und damit vielfach verbundenen Einkommenseinbußen aufrechtzuerhalten. In Ostdeutschland übersteigt das Ausgabenniveau der über 64-Jährigen sogar das Niveau der jüngeren Bevölkerungsgruppen. Anders als in Westdeutschland erreicht die relative Konsumposition ihr Maximum hier bei den über 69-Jährigen (98%) und ist in der Gruppe der 55-64-Jährigen am niedrigsten (89%). Hier zeichnet sich offensichtlich bereits eine erkennbare Verschlechterung des erreichten Konsumniveaus bei den nachwachsenden Rentnerjahrgängen ab.

Neben den Einkommen und Konsumausgaben ist für die Beurteilung der materiellen Lebensverhältnisse auch das vorhandene Vermögen von Bedeutung, wobei an dieser Stelle nur liquide Vermögensbestandteile (Geldvermögen, Wertpapiere) berücksichtigt werden, die bei Bedarf für die Finanzierung von Haushaltsausgaben und die Aufrechterhaltung des Lebensstandards herangezogen werden können. Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, nimmt das am Median gemessene mittlere liquide Haushaltsvermögen erwartungsgemäß über die betrachteten drei Altersgruppen zu und beläuft sich 2008 in der Bevölkerung ab 65 Jahren auf 21.000 EUR in Westdeutschland und 19.000 EUR in Ostdeutschland.

Große Einkommensunterschiede zwischen Rentnern und Pensionären

Obwohl in der öffentlichen Diskussion wenig beachtet, sind die materiellen Lebensverhältnisse auch im Alter durch ein erhebliches Maß an Heterogenität und Ungleichheit gekennzeichnet. Neben geschlechtsspezifischen Ungleichheiten und Unterschieden zwischen den jüngeren und älteren Alten gibt es innerhalb der Altenbevölkerung auch eine ausgeprägte sozio-ökonomische Ungleichheit, die einerseits die differenziellen Opportunitäten und Erfolge im Erwerbsleben widerspiegelt, aber andererseits auch aus historisch gewachsenen und politisch beabsichtigten Differenzierungen innerhalb des Systems der Alterssicherung resultiert. Damit korrespondieren zum Beispiel drastische Differenzen in den Einkommen

von Rentnern und Pensionären⁹. Während sich 2008 für die Altenbevölkerung ab 65 Jahren in Westdeutschland insgesamt eine Einkommensposition von 95% des gesamtdeutschen Medians der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen ergibt, erreichen die Bezieher gesetzlicher Renten lediglich 89%, die Bezieher von Pensionen dagegen 167% des mittleren Einkommens (Tabelle 3)¹⁰. Das bedeutet in absoluten Größen, dass Rentner 2008 ein mittleres monatliches Haushaltsnettoeinkommen in Höhe von 1890 EUR (bedarfsgewichtet = 1393 EUR) beziehen, während Pensionäre über mittlere monatliche Haushaltsnettoeinkünfte in Höhe von 3630 EUR (bedarfsgewichtet = 2596 EUR) verfügen. Mit anderen Worten: Die mittleren Haushaltseinkommen von Pensionären sind – folgt man den Daten der EVS – fast doppelt so hoch wie die der Rentner. Im Hinblick auf die Konsumausgaben sind die Differenzen zwischen Rentnern und Pensionären etwas schwächer ausgeprägt als bei den Einkommen, aber kaum weniger bemerkenswert: Die monatlichen bedarfsgewichteten Ausgaben der Pensionäre betragen 2008 das 1,5-fache der Konsumausgaben von Rentnern.

Beachtliche Ungleichheit von Einkommen und Ausgaben in der Altenbevölkerung

Zieht man den Gini-Index als ein zusammenfassendes Maß für die Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Ausgaben heran (Tabelle 4), so zeigt sich, dass die Haushaltseinkommen der Ruhestandsbevölkerung in Westdeutschland mit einem Gini-Index von .30 sogar ungleicher verteilt sind als in der Kerngruppe der Erwerbsbevölkerung (20-54-Jährige) mit einem Gini-Index von .28. Anders stellt sich die Situation in Ostdeutschland dar, wo die Einkommen der über 64-Jährigen nicht nur deutlich homogener verteilt sind als in den jüngeren Altersgruppen, sondern auch gleichmäßiger als in Westdeutschland.

Die Ursachen dafür dürften vor allem darin liegen, dass sich die Einkommen der Ruhestandsbevölkerung in den ostdeutschen Bundesländern viel stärker als in Westdeutschland auf Rentenbezüge konzentrieren (s. o.), und zudem auch die Renten aufgrund der homogeneren Erwerbsbeteiligung und einer nur schwach ausgeprägten Verdienstspreizung in der früheren DDR eine geringere Streuung aufweisen als in Westdeutschland.

Im zeitlichen Verlauf hat die Ungleichheit der Einkommensverteilung innerhalb der Altenbevölkerung zwischen 1993 und 2008 sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland zugenommen. In Westdeutschland ist der Gini-Index in diesem Zeitraum von .27 auf .30 gestiegen, in Ostdeutschland auf einem deutlich niedrigeren Niveau von .16 auf .18. Dass die Ungleichverteilung der Haushaltseinkommen in West und Ost in der Gruppe der 55-64-Jährigen am stärksten ausgeprägt ist, erscheint angesichts der besonderen Heterogenität dieser Altersgruppe, die neben den Noch-Erwerbstätigen auch erhebliche Anteile von Personen umfasst, die bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, wenig überraschend. Die Konsumausgaben sind in der Regel etwas gleichmäßiger verteilt als die Haushaltseinkommen, wobei sich die gefundenen Muster kaum unterscheiden. Für die Ruhestandsbevölkerung zeigt sich allerdings, dass die Haushaltsausgaben in Ostdeutschland – anders als in Westdeutschland – ungleicher verteilt sind als die Haushaltseinkommen.

Leicht überdurchschnittliches Armutsrisiko im Alter

Mit der Betrachtung der relativen Einkommens- und Ausgabenarmut richtet sich der Blick auf die Lebensverhältnisse im unteren Bereich der Verteilung. Dabei geht es letztlich darum Bevölkerungsgruppen zu identifizieren, die das in einer Gesellschaft allgemein übliche Niveau der materiellen Lebensverhältnisse nicht erreichen und damit teilweise auch von bestimmten Aspekten des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen sind. Ob das für die ältere Bevölkerung mehr oder weniger zutrifft als für jüngere Altersgruppen, ob sich tatsächlich eine Wiederkehr der Altersarmut abzeichnet und welche Gruppen innerhalb der älteren Bevölkerung besonders armutsgefährdet sind, soll nachfolgend näher beleuchtet werden.

Tabelle 4: Gini-Index der Haushaltsnettoeinkommen¹ nach Altersgruppen

	Gesamt	West	Ost
20-54 Jahre	0,28	0,28	0,26
55-64 Jahre	0,33	0,33	0,29
65 Jahre u. älter	0,29	0,30	0,18
darunter ...			
65-69 Jahre	0,30	0,31	0,20
70 Jahre u. älter	0,28	0,30	0,17
Gesamt ²	0,29	0,29	0,25

(1) Äquivalenzgewichtet mit modifizierter OECD-Skala

(2) Einschließlich Personen unter 20 Jahren

Datenbasis: EVS 2008

Tabelle 5: Einkommensarmut¹ nach Alter und Geschlecht

	%		
	Gesamt	West	Ost
Männer			
20-54 Jahre	12,4	11,4	16,9
55-64 Jahre	18,9	16,5	30,0
65 Jahre u. älter	12,8	13,7	8,6
<i>darunter ...</i>			
65-69 Jahre	13,4	13,3	13,8
70 Jahre u. älter	12,6	13,9	6,5
Gesamt ²	13,5	12,7	17,5
Frauen			
20-54 Jahre	14,5	13,0	21,3
55-64 Jahre	19,2	15,9	33,1
65 Jahre u. älter	17,5	17,6	17,1
<i>darunter ...</i>			
65-69 Jahre	16,2	15,8	17,8
70 Jahre u. älter	18,1	18,5	16,7
Gesamt ²	15,5	14,1	21,9
Gesamt			
20-54 Jahre	13,5	12,3	19,4
55-64 Jahre	19,1	16,2	31,8
65 Jahre u. älter	15,4	15,8	13,6
<i>darunter ...</i>			
65-69 Jahre	15,0	14,7	16,3
70 Jahre u. älter	15,5	16,3	12,2
Gesamt ²	14,6	13,4	19,9

(1) Äquivalenzgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen; gesamtdeutsche Armutsschwelle: 60% Median

(2) Einschließlich Personen unter 20 Jahren

Datenbasis: EVS 2008

Dabei wird die relative Einkommensarmut in Anlehnung an einen weit verbreiteten Standard definiert, nachdem als ‚armutsgefährdet‘ gilt, wer ein Einkommen bezieht, das unter einer Schwelle von 60% des am Median gemessenen mittleren bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen der Bevölkerung liegt. Im Hinblick auf die Ausgaben gelten dementsprechend Personen als armutsgefährdet, wenn ihre monatlichen Konsumausgaben 60% der mittleren bedarfsgewichteten Ausgaben unterschreiten¹¹.

Folgt man diesem Konzept, waren 2008 15,4% der Bevölkerung ab 65 Jahren einkommensarm gegenüber 14,6% der Gesamtbevölkerung in Deutschland, d. h. die Ruhestandsbevölkerung ist leicht überdurchschnittlich von Einkommensarmut betroffen¹². Die Armutsgefährdung der über-64-Jährigen ist höher als die der 20-54-Jährigen, aber niedriger als die von Personen im Alter von 55-64 Jahren, die im Vergleich der hier betrachteten Altersgruppen das höchste Armutsrisiko aufweisen (Tabelle 5). Im Zeitverlauf ist gegenüber dem Jahr 2003 (13,0%) ein Anstieg der Altersarmut um immerhin 2,4 Prozentpunkte zu beobachten, wobei der Anstieg in den ostdeutschen Bundesländern mit 3,4 Prozentpunkten stärker ausfällt als in Westdeutschland (2,1 Prozentpunkte). Auf der Grundlage der EVS-Daten ergibt sich damit für den Zeitraum zwischen 2003 und 2008 ein Anstieg der Altersarmut, der geringfügig schwächer ausfällt als die Zunahme der Armutsquote für die Gesamtbevölkerung¹³.

Im Vergleich von West- und Ostdeutschland ist die Altersarmut in Westdeutschland (15,8%) derzeit stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland (13,6%)¹⁴, und Frauen (17,5%) sind stärker von Altersarmut betroffen als Männer (12,8%), wobei die Differenz in Ostdeutschland markanter ist als in Westdeutschland. Innerhalb der Ruhestandsbevölkerung nimmt die Armutsgefährdung in Westdeutschland mit dem Alter zu, in Ostdeutschland dagegen ab.

Das höchste – am Einkommen gemessene – Armutsrisiko ist für Frauen im Alter ab 70 Jahren in Westdeutschland zu beobachten, für die sich 2008 eine Armutsquote von 18,5% ergibt. Eine separate Analyse der Armutsgefährdung für Rentner und Pensionäre zeigt, dass die Altersarmutsquote von 15,4 auf 16,1% in Deutschland insgesamt bzw. in Westdeutschland von 15,8 auf 16,8% steigt, wenn ausschließlich Rentner in die Betrachtung einbezogen werden (Tabelle 6). Für Pensionäre ergibt sich demgegenüber eine Armutsgefähr-

dungsquote von lediglich 1,3%, das heißt ihr Armutsrisiko erweist sich als verschwindend gering. Das Problem der Altersarmut ist daher in Deutschland eindeutig auf die Bezieher gesetzlicher Renten beschränkt.

Altersarmut in Deutschland derzeit unter EU-27-Durchschnitt

Im europäischen Vergleich gehört Deutschland (2009) zu den Ländern mit einer relativ niedrigen – unter dem EU-27 Durchschnitt (18%) liegenden – Altersarmutsquote wie auch einem unterdurchschnittlichen Niveau der Einkommensarmut insgesamt (Grafik 2). Lediglich neun der hier verglichenen 29 europäischen Länder weisen niedrigere Altersarmutsquoten auf als Deutschland, darunter die Niederlande und Frankreich. Altersarmutsquoten von zwanzig Prozent und darüber finden sich in Spanien, den baltischen Staaten, Bulgarien und Zypern. In der Mehrzahl der betrachteten Länder übersteigt die Altersarmut das Armutsniveau der Gesamtbevölkerung erheblich, dagegen finden sich nur wenige Länder mit einem unterdurchschnittlichen Niveau der Altersarmut. Die im europäischen Vergleich sehr unterschiedlichen Armutsgefährdungsrisiken im Alter sind einerseits auf Unterschiede in der Leistungsfähigkeit der jeweiligen Alterssicherungssysteme sowie differentielle Arbeitsmarktentwicklungen zurückzuführen. Darüber hinaus kann das relative Risiko der Armutsgefährdung einzelner Altersgruppen aber auch vom Niveau des mittleren Einkommens, das als Bezugsgröße in die Armutsrisikoquoten eingeht, und dessen spezifische Entwicklung in den einzelnen Ländern beeinflusst werden (Zaidi/Gasior 2011: 103).

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist die einzige Datengrundlage, die es für Deutschland erlaubt, Einkommensarmut und Ausgabenarmut zu unterscheiden und vergleichend zu betrachten. Frühere Untersuchungen haben nicht nur gezeigt, dass eine sich ausschließlich auf das Einkommen stützende Betrachtungsweise ein unvollständiges Bild der materiellen Lebensverhältnisse und Armutsrisiken vermittelt, sondern dass einkommens- und ausgabenbasierte Analysen zu unterschiedlichen Diagnosen im Hinblick auf Ausmaß und Niveau, aber auch Strukturen und Entwicklungstrends der Armut führen können (Noll/Weick 2007). Das gilt umso mehr, wenn es um die Beurteilung von gruppenspezifischen Armutsrisiken – wie z. B. Altersarmut – geht.

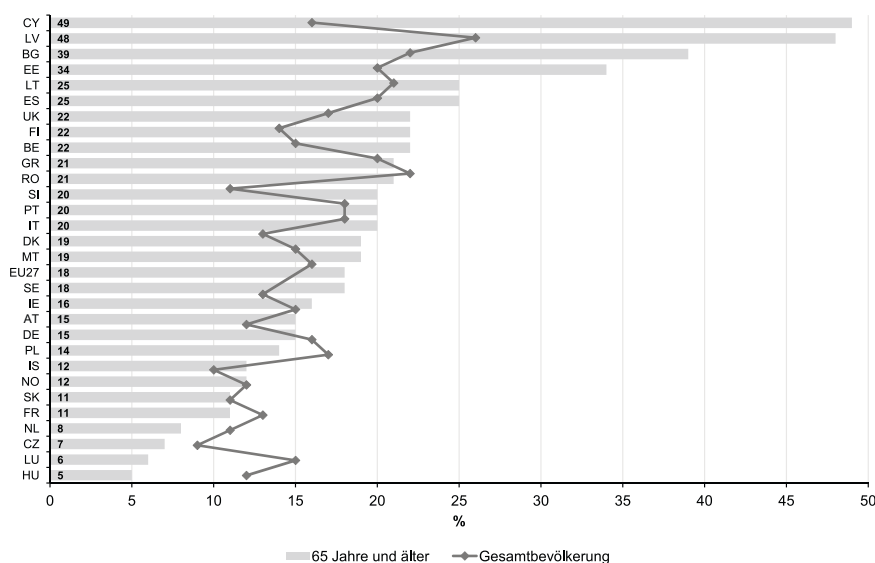
Tabelle 6: Einkommensarmut¹ bei Rentnern und Pensionären ab 65 Jahren

	%		
	Gesamt	West	Ost
Rentner	16,1	16,8	13,5
Pensionäre	1,3	1,3	-
Gesamt	15,4	15,8	13,6

(1) Äquivalenzgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen; gesamtdeutsche Armutsschwelle: 60% Median

Datenbasis: EVS 2008

Grafik 2: Einkommensarmut der älteren Bevölkerung in Europa 2008



Datenbasis: EU-SILC 2009

Ausgabenarmut auch unter Senioren weniger verbreitet als Einkommensarmut

Wie aus Tabelle 7 hervorgeht, ist Ausgabenarmut wesentlich weniger verbreitet als Einkommensarmut. Die Altersarmutsquote für 2008 sinkt in Gesamtdeutschland von 15,4 auf 8,9% (in Westdeutschland von 15,8 auf 9,3%; in Ostdeutschland von 13,6 auf 7,5%) wenn sich die Berechnung auf Haushaltsausgaben statt Haushaltseinkommen stützt. Eine Erklärung

für diesen auch aus anderen Studien bekannten Befund eines im Vergleich zur Einkommensarmut in der Regel niedrigeren Niveaus der Ausgabenarmut besteht darin, dass die Haushalte – und wie sich gezeigt hat gerade im höheren Lebensalter (s. o.) – vielfach über Reserven, wie z. B. Ersparnisse und andere Vermögenswerte verfügen, aus denen laufende Ausgaben bestritten und Einkommensdefizite mindestens teilweise kompensiert werden können (Noll/Weick 2007). Das Ausmaß der Differenzen

zwischen einkommens- und ausgabenbasierten Armutsquoten variiert zwischen den Altersgruppen, ist aber teilweise erheblich. Auch die für die Einkommensarmut gefundenen Muster von altersspezifischen Armutsrisiken werden durch die Befunde der ausgabenbasierten Analysen nur teilweise bestätigt. Wird die Armut an den Konsumausgaben gemessen, ergeben sich für die Bevölkerung im Rentenalter – anders als bei der Einkommensarmut – fast durchgängig unterdurchschnittliche Armutsrisiken, mit der Ausnahme westdeutscher Frauen.

Altersarmut: Tendenz steigend

Blickt man auf die eingangs aufgeworfenen Fragen zurück, ist als Resumé zunächst festzuhalten, dass die heutige Ruhestandsbevölkerung noch über einen vergleichsweise hohen und nur wenig hinter den gesamtgesellschaftlichen Durchschnitt zurückfallenden Lebensstandard verfügt. Der Rückgang der relativen Einkommens- und Ausgabenpositionen gegenüber 2003 deutet allerdings darauf hin, dass der „Wohlstandgipfel“ für die ältere Bevölkerung bereits überschritten ist. Zudem hat die Analyse gezeigt, dass sich die materiellen Lebensverhältnisse auch und gerade im Alter sehr unterschiedlich darstellen und von erheblicher Ungleichheit geprägt sind. Das gilt ganz besonders im Hinblick auf die drastischen Lebensstandarddifferenzen zwischen Rentnern und Pensionären, die in der öffentlichen Diskussion über die Einkommensverhältnisse und Lebensbedingungen der älteren Bevölkerung bisher nicht angemessen berücksichtigt worden sind und schon aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit größere Aufmerksamkeit verdienen.

Die am Einkommen gemessene Altersarmut hat mit einer Armutsrisikoquote von im Durchschnitt 15,4% bereits ein beachtliches Niveau erreicht und weist eine steigende Tendenz auf. Dabei ist heute schon abzusehen, dass zukünftig erhöhte Armutsrisiken nicht nur, aber besonders in den ostdeutschen Bundesländern zu erwarten sind, wo die gesetzliche Altersrente eine dominierende Stellung einnimmt und für die weit überwiegende Zahl der Altenhaushalte die einzige Einkommensquelle darstellt.

Tabelle 7: Konsumausgabenarmut¹ nach Alter und Geschlecht

	%		
	Gesamt	West	Ost
Männer			
20-54 Jahre	9,4	8,8	12,5
55-64 Jahre	11,7	10,3	18,1
65 Jahre u. älter	8,4	8,8	6,6
darunter ...			
65-69 Jahre	7,3	7,2	7,6
70 Jahre u. älter	8,9	9,4	6,2
Gesamt ²	9,8	9,3	12,4
Frauen			
20-54 Jahre	8,9	8,0	12,9
55-64 Jahre	9,9	8,6	15,2
65 Jahre u. älter	9,4	9,7	8,1
darunter ...			
65-69 Jahre	6,9	7,0	6,6
70 Jahre u. älter	10,7	11,1	9,0
Gesamt ²	9,4	8,8	12,1
Gesamt			
20-54 Jahre	9,1	8,3	12,7
55-64 Jahre	10,7	9,3	16,4
65 Jahre u. älter	8,9	9,3	7,5
darunter ...			
65-69 Jahre	7,1	7,1	7,0
70 Jahre u. älter	9,8	10,3	7,8
Gesamt ²	9,6	9,0	12,2

(1) Äquivalenzgewichtete Konsumausgaben des Haushalts; gesamtdeutsche Armutsschwelle: 60% Median

(2) Einschließlich Personen unter 20 Jahren

Datenbasis: EVS 2008

1 Bei der EVS (vgl. auch <http://www.gesis.org/unser-angebot/daten-analysieren/amtliche-mikrodaten/einkommens-und-verbrauchsstichprobe/> sowie www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/Einkommens_Verbrauchsstichprobe) handelt es sich um eine Quotenstichprobe von ca. 0,2% der privaten Haushalte; den hier vorgestellten Analysen liegen die Scientific Use Files, d. h. Substichproben zugrunde, deren Umfang im Zeitverlauf variiert (2008: 80% bzw. 44088 Haushalte). Seit 1993 sind auch Haushalte mit ausländischen Bezugspersonen in die Erhebung einbezogen. Zu beachten ist dabei, dass die Stichprobe auf Haushalte mit einem monatlichen Einkommen von maximal 18.000 EUR (2003; 2008) beschränkt ist, also Bezieher extrem hoher Einkommen nicht erfasst werden.

- 2 Für ausführliche Informationen zum SOEP vgl. www.diw.de/soep.
- 3 Für ausführliche Informationen zum Mikrozensus vgl. <http://www.gesis.org/missy/studie/erhebung/rechtliche-und-allgemeine-informationen/was-ist-der-mikrozensus/>.
- 4 Für ausführliche Informationen zu der ‚European Union Statistics on Income and Living Conditions‘ (EU-SILC) vgl. www.gesis.org/en/services/data-analysis/official-microdata/european-microdata/eu-silc/.
- 5 Diese Äquivalenzskala ordnet den verschiedenen Haushaltsmitgliedern folgende Gewichte zu: erste erwachsene Person im Haushalt »1«, weitere Personen unter 14 Jahre »0,3«, weitere Personen ab 14 Jahre »0,5«.
- 6 Nach unseren eigenen Berechnungen auf der Basis der EVS beträgt der Anteil der fiktiven Miete an den Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland 2008 im Durchschnitt 10%. Der Anteil steigt bei den hier betrachteten Altersgruppen von 9% bei den 20-54-Jährigen, über 11% bei den 55-64-Jährigen auf 13% bei den über-64-Jährigen und ist in Westdeutschland (11%) höher als in Ostdeutschland (8%).
- 7 So beträgt die durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf in der Bevölkerung ab 65 Jahren in Westdeutschland 62 qm gegenüber 46 qm im Bevölkerungsdurchschnitt. In Ostdeutschland betragen die entsprechenden Werte 47 qm gegenüber 41 qm (eigene Berechnungen auf der Basis der EVS 2008).
- 8 Der Anteil der Ausgaben für die Wohnung an den gesamten Haushaltsausgaben betragen für die über-64-Jährigen 27% in Westdeutschland (Gesamtbevölkerung 24%) und 28% in Ostdeutschland (Gesamtbevölkerung 26%). Die absoluten äquivalenzgewichteten monatlichen Wohnkosten betragen für die über-64-jährige Bevölkerung im Durchschnitt 333 EUR gegenüber 291 EUR in der Gesamtbevölkerung (eigene Berechnungen auf der Grundlage der EVS 2008, jeweils ohne ‚fiktive Miete‘).
- 9 Die Differenzierung zwischen Rentnern und Pensionären beschränkt sich hier aufgrund des nach wie vor geringen Anteils von Pensionären in den ostdeutschen Bundesländern auf Westdeutschland. Die Klassifizierung in Rentner und Pensionäre erfolgt auf der Grundlage der Angaben zu einer EVS-Frage nach der sozialen Stellung der Haushaltsmitglieder und die diesbezüglichen Antwortvorgaben „Altersrentner“ und „Pensionär“.
- 10 Eine differenziertere Analyse der Einkommensunterschiede zwischen Rentnern und Pensionären auf der Datengrundlage des Mikrozensus 2006 hat ergeben, dass die drastischen Differenzen nicht mit Qualifikationsunterschieden zwischen Beamten und anderen Erwerbstätigen erklärt werden können (Noll/Weick 2011: 55-59).
- 11 Aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung werden die Begriffe Armut und Armutsgefährdung sowie Armutsquote und Armutsrisiko- bzw. Armutsgefährdungsquote nachfolgend in gleicher Bedeutung verwendet.

- 12 Vergleichende Analysen mit dem Mikrozensus und dem SOEP deuten darauf hin, dass das Niveau der Altersarmut auf der Grundlage der EVS-Daten tendenziell unterschätzt wird. Auf der Grundlage des Mikrozensus ergibt sich für 2008 eine Armutsquote von 16,3% für die Bevölkerung ab 65 Jahren, basierend auf den Daten des SOEP von 2009 (Einkommensangaben für 2008) eine Armutsquote von 16,4%. Auf der Grundlage der neuesten verfügbaren Welle des SOEP von 2010 nimmt die Altersarmutsquote weiter auf 16,9% zu (jeweils ohne ‚fiktive Miete‘, eigene Berechnungen).
- 13 Für eine detailliertere Analyse der zeitlichen Entwicklung der Altersarmut über den Zeitraum von 1992 bis 2009 auf der Grundlage des Sozioökonomischen Panels vgl. Noll/Weick 2011.
- 14 Vergleichende Analysen haben ergeben, dass die Altersarmutsquote unter Berücksichtigung einer fiktiven Miete für Gesamtdeutschland von 15,4% auf 14,6% sinkt und in Westdeutschland von 15,8% auf 14,1%. Dagegen steigt die Altersarmutsquote in Ostdeutschland unter Einschluss einer fiktiven Miete von 13,6% auf 16,8% (EVS 2008, eigene Berechnungen).

Marlier, Eric, Atkinson, A. B., Cantillon, Bea, Nolan, Brian, 2007: *The EU and Social Inclusion. Facing the Challenges*. Bristol: Policy Press.

Noll, Heinz-Herbert, Weick, Stefan, 2011: *Wiederkehr der Altersarmut in Deutschland? Empirische Analysen zu Einkommen und Lebensstandard im Rentenalter*. S. 45-76 in: Lutz Leisering (Hg.), *Die Alten der Welt. Neue Wege der Alterssicherung im globalen Norden und Süden*. Frankfurt / New York: Campus Verlag.

Noll, Heinz-Herbert, Weick, Stefan, 2007: *Einkommensarmut und Konsumarmut – unterschiedliche Perspektiven und Diagnosen. Analysen zum Vergleich der Ungleichheit von Einkommen und Konsumausgaben*. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 37: S. 1-6.

OECD, 2007: *Pensions at a Glance: Public Policies across OECD Countries*. Paris: OECD.

Schmähl, Winfried, 2011: *Die verengte Debatte über Altersarmut*. S. 12 in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 231.

Zaidi, Asghar, Gasiör, Katrin, 2011: *Armut und Deprivation älterer Menschen in Europa*. S. 77-112 in: Lutz Leisering (Hg.), *Die Alten der Welt. Neue Wege der Alterssicherung im globalen Norden und Süden*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.

■ **Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick, GESIS**
Tel.: 0621 / 1246-241 und -245
heinz-herbert.noll@gesis.org
stefan.weick@gesis.org

European Framework for Measuring Progress (e-Frame)

Neues EU-Projekt zur Fortschritts- und Wohlfahrtsmessung nimmt seine Arbeit auf

Im Januar 2012 hat das Projekt „European Framework for Measuring Progress“ (e-Frame) seine Arbeit aufgenommen. Das Projekt wird von der Europäischen Kommission im 7. Forschungsrahmenprogramm (FP7) für die Dauer von 30 Monaten gefördert. Offiziell gestartet wurde das Projekt mit einer „Kick-off – Konferenz“, die am 26. und 27. Januar in Rom stattfand und vom italienischen statistischen Amt ISTAT als einem der beiden Projekt-Koordinatoren ausgerichtet wurde.

E-Frame zielt darauf ab, auf der Grundlage einer umfassenden Bestandsaufnahme bereits vorhandener Ansätze und Aktivitäten, die Fortschritts- und Wohlfahrtsmessung „beyond GDP“ in Europa entscheidend voranzubringen. Die insgesamt zwölf Workpackages, die das Projekt umfasst, beschäftigen sich unter anderem mit Themen wie „Social Monitoring and Reporting“, „National Accounts“, „Environmental Indicators“, „Measuring Progress at Local Level“ und „Stakeholders Inclusion“. Wichtige Projektziele bestehen

zudem darin, den Zugang zu einschlägigen statistischen Daten, Indikatoren und sonstigen relevanten Informationen durch webbasierte Instrumentarien zu verbessern sowie eine Agenda für die zukünftige Forschung auf den Gebieten der Wohlfahrts- und Fortschrittsmessung zu erarbeiten. Zentrale Ergebnisse des e-Frame-Projekts sollen schließlich in einem „Handbook for Measuring Progress“ zusammengefasst und publiziert werden.

An dem Projekt sind 19 Partner aus sechs europäischen Ländern beteiligt, neben verschiedenen statistischen Ämtern die OECD, mehrere Universitäten und Forschungsinstitute, darunter auch das Zentrum für Sozialindikatorenforschung (ZSi) von GESIS, das für die Arbeiten zum Thema „social monitoring and reporting“ verantwortlich sein wird.

■ **Heinz-Herbert Noll, GESIS**
Tel.: 0621 / 1246-241
heinz-herbert.noll@gesis.org

Gleichheit fühlt sich besser an

Statusunbehagen und Wohlbefinden in europäischen Gesellschaften

Statusunbehagen - das Gefühl, in den Augen der Mitmenschen wenig zu gelten – zählt zu den wenig erforschten negativen Aspekten des subjektiven Wohlbefindens. Mit dem einflussreichen Buch „The Spirit Level. Why Equality is Better for Everyone“ der britischen Gesundheitswissenschaftler Wilkinson und Pickett (2010) könnte sich dies ändern. Danach sind egalitäre Gesellschaften lebenswertere Gesellschaften – vor allem deshalb, weil die Menschen in einem egalitären Umfeld weniger Statussorgen haben. Der vorliegende Beitrag geht dem Phänomen Statusunbehagen in Europa nach und zeigt, welchen Einfluss es auf das allgemeine Wohlbefinden hat, wo die Menschen am meisten Statusunbehagen verspüren und welche Rolle die Kluft zwischen Arm und Reich dabei spielt.

In den letzten Jahren ist viel von „Statusangst“ die Rede gewesen, womit meist die in die Zukunft gerichtete Sorge der Menschen gemeint ist, man könne arbeitslos werden oder seinen gewohnten Lebensstandard nicht mehr halten (z. B. Lengfeld/Hirschle 2009). Dieser Beitrag handelt von einer anderen Art Statusangst, dem Statusunbehagen, das stärker gegenwartsbezogen ist und den sozialen Vergleich betont: Es geht darum, von den Mitmenschen mit Geringschätzung betrachtet und respektlos behandelt zu werden, sei es wegen des Gehalts, Berufs oder mangelnder Bildung (vgl. auch De Botton 2004). Mit Veblen (1989, Original von 1899) steht dahinter die bange Frage: Entspreche ich den „Normen der Wohlstandigkeit“?

Statusunbehagen ist Angelpunkt der Spirit-Level-Theorie

Es ist genau diese Art von Statusunbehagen, die nach Wilkinson und Pickett (2010) an der Psyche und Gesundheit der Menschen nagt und ein Verhalten hervorruft, mit dem die Menschen letztlich sich und anderen schaden. Je größer nun die Kluft zwischen Arm und Reich, so Wilkinson und Pickett, desto bohrender das Statusunbehagen. Und genau aus diesem Grund seien eine Reihe sozialer Probleme, von Kriminalität über Misstrauen bis Übergewicht, in ungleichen Wohlstandsgesellschaften weiter verbreitet als in egalitären. Abhilfe schaffe nur Umverteilung. Mehr Wohlstand löse diese Probleme dagegen nicht, denn nach Wilkinson und Pickett sind Statusunbehagen und soziale Probleme im Vergleich von Wohlstandsgesellschaften nicht mehr an die Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens gekoppelt. Die lebenswerteren Gesellschaften seien die egalitären Gesellschaften – nicht nur für die Armen und Schwachen, auch für die Reichen und Starken.

Statusunbehagen ist also der „kausale Mechanismus“, der in dieser Theorie die argumentative Brücke zwischen Ungleichheit und sozialen Problemen baut. Dabei berufen sich Wilkinson und Pickett vor allem auf psychologische Experimente, nach denen Menschen insbesondere dann heftigem Stress ausgesetzt sind, wenn ihre Leistung oder Darbietung von anderen bewertet wird – sogenannte

„social evaluative threats“ (Wilkinson und Pickett 2010: 37ff.). Verbunden werden diese Laborbefunde mit der kultursoziologischen Diagnose, nach der Stolz und Scham zwei menschliche Grundemotionen sind, die beide mit dem sozialen Status auf charakteristische Weise verbunden sind: Ein niedriger Status gibt uns typischerweise weniger Anlässe stolz zu sein und mehr Anlässe, uns unzulänglich zu fühlen. Die explizite Annahme ist nun, dass Menschen in ungleichen Gesellschaften in stärkerem Ausmaß von Statusunbehagen betroffen sind. Diese Annahme bleibt aber im gesamten Buch eine Behauptung, so plausibel sie auch sein mag.

Statusunbehagen senkt das generelle Wohlbefinden

Die Vermutung, dass ein niedriger Rang das Selbstwertgefühl schmälert, ist nun für die Soziologie nicht neu, man denke nur an Sennett und Cobb's klassische qualitative Studie zu den „hidden injuries of class“ (Sennett/Cobb 1972). Die Autoren fanden in der amerikanischen Arbeiterklasse ein weitverbreitetes Gefühl des Nicht-wirklich-respektiert-werdens und des persönlichen Ungenügens, das sie auf die Klassenzugehörigkeit zurückführten. Neuere, ebenfalls qualitative Forschung aus den USA (Newman und Ellis 1999) hat sich mit Arbeitern in „Mc-Jobs“ befasst und deren seelisches Leid herausgearbeitet: das Wissen darum, eine schlechtbezahlte und einfache Tätigkeit auszuüben, Pöbeleien durch unfreundliche und herablassende Kunden, Spott im Freundeskreis. Immerhin vermitteln aber selbst die Mc-Jobs den Minimalstolz, ein nützliches Mitglied der Arbeitsgesellschaft zu sein.

So wahrscheinlich es ist, dass Statusunbehagen „unten“ häufiger auftritt als in der „Mitte“ oder gar „oben“, so wahrscheinlich ist es auch, dass keine Schicht von derlei Sorgen gänzlich frei ist. Der Schlüssel dazu findet sich bei Veblen (1989 [1899]), der den „neidvollen Vergleich“ in allen Schichten am Werke sieht. Zentral ist hier die Idee, dass die Menschen in den fortgeschrittenen, vom „Wettlauf um das Geld“ geprägten Gesellschaften sich immer

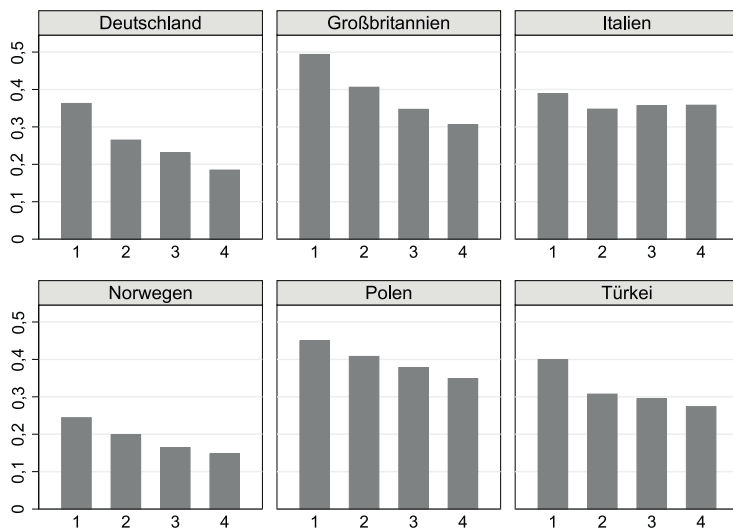
an der Schicht über ihr orientieren: „Daraus ergibt sich, dass die Mitglieder jeder Schicht die jeweilige Lebensweise der nächst höheren zu ihrem Schicklichkeitsideal machen und ihre Energie darauf verwenden, diesem Ideal gemäß zu leben. Wenigstens dem Schein nach müssen sie den übernommenen Normen entsprechen, wenn sie nicht Ansehen und Selbstachtung verlieren wollen“ (Veblen 1989: 93). Aufgrund dieser Aufwärtsorientierung dürfte Statusunbehagen zumindest bis weit in die obere Mittelschicht reichen.

Für Wohlfahrtsforscher ist zentral, welche Rolle Statusunbehagen für das allgemeine Wohlbefinden spielt. Schon Veblen vermutete, dass der Mensch das permanente Erleben von Geringschätzung nur schwer verkraftet. Wer den üblichen Normen nicht genügt, verliere schnell Ansehen und Selbstachtung, „denn die Grundlage der Selbstachtung besteht normalerweise in der Achtung, die der Nachbar einem entgegenbringt“ (Veblen 1989: 47). Nur starke Charaktere können sich der Geringschätzung durch andere entziehen. Diese scharfsinnige Beobachtung des Gesellschaftstheoretikers Veblen geht durchaus konform mit heutigen, auf empirischer Forschung beruhenden Modellen, wie subjektives Wohlbefinden im Sinne von Lebenszufriedenheit entsteht (vgl. z. B. Veenhoven 2008). Geringschätzung durch andere ist eine der negativen Erfahrungen im steten emotionalen Strom des Lebens, die, wenn sie uns häufiger trifft, unsere Emotionsbilanz belastet. Aus diesem Grund ist von einem negativen Zusammenhang zwischen Statusunbehagen und Lebenszufriedenheit auszugehen.

Zwischenfazit: So gut das Konzept des Statusunbehagens gedanklich durchdrungen und durch psychologische Experimente und qualitative Forschung abgesichert ist, so sehr fehlen bislang bevölkerungsrepräsentative und international vergleichende Untersuchungen. Vor diesem Hintergrund möchte dieser Beitrag einige Fakten zum Statusunbehagen in Europa beisteuern. Die vier Kernpunkte sind: (1.) Inwieweit unterscheiden sich innerhalb nationaler Gesellschaften die Einkommensschichten in ihren Statussorgen? (2.) Bedeutet Statusunbehagen eine geringe Lebenszufriedenheit? (3.) Verspüren die Menschen in ungleichen Gesellschaften tatsächlich stärkeres Statusunbehagen? Und (4.) trifft dieser Zusammenhang für alle Einkommensschichten zu oder nur für die unteren?

Antworten kann die zweite Welle des European Quality of Life Survey (EQLS) von 2007 liefern¹. Diese Umfrage führt die European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Eurofound), eine Agentur der Europäischen Union, seit 2003 alle vier Jahre durch. Ziel der Umfragen ist es, die Lebensqualität der Europäer in verschiedenen Lebensbereichen zu erfassen. Die Umfrage von 2007 wurde in 31 Ländern durchgeführt, den 27 EU-Mitgliedsstaaten sowie Norwegen und drei Kandidatenländern für einen EU-Beitritt.

Grafik 1: Durchschnittliches Statusunbehagen (0-1) nach Einkommensquartilen in sechs Ländern



1 = unterstes Quartil; 4 = oberstes Quartil

Datenbasis: EQLS 2007

Statusunbehagen ist für Europäer kein massives Problem

Wir beginnen mit einem kurzen Blick auf die Antwortverteilung der beiden Items, mit denen Statusunbehagen gemessen wird. Dass das, was sie tun, von anderen nicht wertgeschätzt wird, empfinden 19% der Europäer. Weitere 19% wählen die Mittelkategorie, d.h. sie bejahen die Aussage zwar nicht, können sie andererseits aber auch nicht verneinen. Mit Blick auf das zweite Item machen 14% der Europäer die Erfahrung, dass andere auf sie herabschauen; weitere 13% wählen die Mittelkategorie. Der Mittelwert des kombinierten Index „Statusunbehagen“ liegt bei .31, bei einem theoretischen Maximum von 1.0. Diese Zahlen deuten einerseits an, dass zwar die Mehrheit der Bevölkerung nicht von „starkem“ Statusunbehagen geplagt wird, es sich zugleich aber keineswegs um ein Problem einer kleinen Minderheit handelt.

Statusunbehagen ist „unten“ stärker als „oben“

Wie stark ist nun der soziale Gradient des Statusunbehagens? Im Folgenden unterteilen wir für jedes Land die Bevölkerung nach dem Haushaltseinkommen in vier gleich große Gruppen, sog. Quartile, von einkommensstark (oberstes Quartil) bis einkommensschwach (unterstes Quartil); anschließend wird das durchschnittliche Statusunbehagen dieser Einkommensgruppen berechnet. Grafik 1 zeigt die Ergebnisse für sechs ausgewählte Länder, die folgende Beschreibung bezieht sich aber auf alle Länder. In den meisten Ländern ergibt sich das Muster einer absteigenden Treppe, denn Statusunbehagen ist im unteren Einkommensviertel weiter verbreitet als in den darüber liegenden, und das oberste Viertel verspürt in aller Regel die geringsten Sorgen – der erwartete soziale Gradient. Ein solches Treppemuster findet sich sehr ausgeprägt z. B. in Deutschland und England (s. Grafik 1). In einigen südeuropäischen Ländern wie

In Grafik 2 sind alle Länder aufgelistet. Die Umfragen sind repräsentativ für Personen ab 18 Jahren und beruhen, je nach Land, auf ca. 1.000 bis 2.000 Interviews. Der EQLS enthält in einer längeren Item-Batterie zu Ängsten und Sorgen zwei Fragen, die inhaltlich genau auf Statusunbehagen wie oben definiert abzielen:

- „Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen? (f) Ich habe nicht das Gefühl, dass die Leute in meiner Umgebung den Wert dessen, was ich tue, anerkennen.“
- (g) Einige Leute sehen wegen meiner Arbeit oder meines Einkommens auf mich herab.“

Beide Items korrelieren erwartungsgemäß so hoch miteinander, dass sie sich zu einem summarischen Index „Statusunbehagen“ zusammenfassen lassen. Die Antworten wurden so umcodiert, dass die Skala für diesen Index von 0-1 reicht, d. h. mit steigendem Wert nimmt das Statusunbehagen zu. Der Maximalwert von 1 bedeutet, dass ein Befragter beiden Aussagen voll und ganz zustimmt, also starkes Statusunbehagen verspürt; ein Wert von 0 besagt, dass ein Befragter beide Aussagen voll und ganz ablehnt, also gänzlich frei von Statusunbehagen ist. Zwischen diesen Extremen sind sieben Abstufungen möglich. Befragte mit mindestens einer fehlenden Antwort wurden aus der Analyse ausgeschlossen. Der kombinierte Non-Response für die beiden verwendeten Items war aber in den meisten Ländern mit unter 5% sehr gering, nur in der Türkei lag er über 10%. Insgesamt gingen 33.647 Fälle in die Berechnungen ein.

Die Lebenszufriedenheit wird mit einem Standard-Indikator gemessen: „Alles in allem, wie zufrieden sind Sie mit ihrem Leben? [Skala von 1, sehr unzufrieden, bis 10, sehr zufrieden]“.

Die zentrale erklärende Variable auf der Mikro-Ebene ist das Haushaltseinkommen, das als äquivalenzgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen erfasst wird. Die zentrale erklärende Variable auf der Makro-Ebene ist das Ausmaß an sozioökonomischer Ungleichheit, das über den Gini-Index der Einkommensverteilung gemessen wird (Bezugsjahr 2005, EurLife-Datenbank von Eurofound). Die Spanne reicht in Europa von recht schmalen Einkommensunterschieden in Slowenien und Schweden (ein Gini-Index von 22 bzw. 23) bis zu einer großen Einkommenskluft in Portugal und der Türkei (41 bzw. 45). Ein zweites wichtiges Ländermerkmal ist das Wohlstandsniveau, das durch das Pro-Kopf-Einkommen in Kaufkraftparitäten gemessen wird. Die reichsten EQLS-Länder sind Luxemburg und Norwegen mit 58.000 bzw. 38.600 Euro, die ärmsten Bulgarien und die Türkei mit 7.500 bzw. 7.200 Euro (EurLife-Datenbank von Eurofound).

Tabelle 1: Korrelation von Statusunbehagen und subjektivem Wohlbefinden auf der Individualebene

Lebenszufriedenheit		Glück	
	r		r
Irland	-0.47	Irland	-0.42
Großbritannien	-0.45	Österreich	-0.37
Tschechien	-0.40	Großbritannien	-0.37
Österreich	-0.40	Tschechien	-0.35
Italien	-0.39	Finnland	-0.35
Durchschnitt	-0.36	Durchschnitt	-0.30
Griechenland	-0.27	Spanien	-0.21
Frankreich	-0.26	Frankreich	-0.21
Dänemark	-0.26	Griechenland	-0.18
Türkei	-0.25	Türkei	-0.18
Slowenien	-0.15	Slowenien	-0.17

Ausgewiesen sind jeweils die 5 Länder, in denen der Zusammenhang am stärksten bzw. am schwächsten ist.

Einfache Korrelationen, Signifikanzniveau aller Koeffizienten $p < .0001$

Datenbasis: EQLS 2007

Italien und in vielen postsozialistischen Ländern ist die Treppe hingegen deutlich flacher; Polen ist hier eine Ausnahme. Weiterführende Regressionsanalysen, in denen eine Reihe von demographischen und sozio-ökonomischen Merkmalen kontrolliert wurden, zeigen die enge Verbindung von individuellem Einkommensstatus und Statusunbehagen. Im Vergleich zu den beiden mittleren Einkommensvierteln haben die Menschen im unteren Viertel ein signifikant stärkeres Statusunbehagen, die Menschen im oberen Viertel ein signifikant schwächeres Statusunbehagen (Ergebnisse gepoolter Regressionen über alle Länder, hier nicht als Tabelle ausgewiesen). Allerdings: Trotz des sozialen Gradienten machen sich keinesfalls nur die Einkommenschwachen Sorgen um ihren Status; auch die Einkommensstarken sind davon nicht frei, wie Grafik 1 zeigt. Und in Ländern wie Italien gibt es zwischen „unten“ und „oben“ nur einen kleinen Unterschied.

Statusunbehagen senkt die Lebenszufriedenheit

Wie vermutet besteht auf Individualebene ein moderater bis starker negativer Zusammenhang zwischen dem Ausmaß an Statussorgen und der generellen Lebenszufriedenheit. In allen Ländern ist dieser Zusammenhang statistisch hochsignifikant. Die Korrelationen liegen zwischen -.47 in Irland und -.15 in Slowenien, im Schnitt aller Länder bei -.36 (Tabelle 1). Ein nahezu unverändertes Bild ergibt sich übrigens, wenn man das globale subjektive Wohlbefinden über Glück statt Lebenszufriedenheit misst. Die Korrelationen liegen dann zwischen -.42 (Irland) und -.17 (Slowenien), im Durchschnitt bei -.30. Diese Zahlen belegen, dass Statusunbehagen überall zu den unangenehmen Erfahrungen des Lebens zählt, die man nicht so einfach wegsteckt. Dieses Fazit kann man auch aus Regressionsanalysen ziehen, in denen wieder eine Reihe von demographischen und sozio-ökonomischen Merkmalen kontrolliert wurden, die bekanntermaßen Lebenszufriedenheit und Glück beeinflussen (nicht ausgewiesen). Der negative Effekt von Statusunbehagen auf das Wohlbefinden bleibt bestehen.

Statusunbehagen in Skandinavien am geringsten

Schauen wir nun genauer auf das Ausmaß des Statusunbehagens im Ländervergleich (Grafik 2). Der europäische Mittelwert von .31 verdeckt gravierende nationale Unterschiede. Während die Schweden und Norweger nur ein schwaches Statusunbehagen haben (Indexwerte unter .2), sorgen sich die Rumänen, Bulgaren und Polen doppelt so stark (Indexwerte über .4). In Westeuropa ist Statusunbehagen in England, Frankreich und Belgien am stärksten (Indexwerte um .35). Statusunbehagen variiert also von Land zu Land, interessanterweise in einem ähnlichen Ausmaß wie die Einkommensungleichheit (etwa mit einem Faktor von 2).

Die Frage ist nun, ob diese Länderunterschiede mit der Einkommensverteilung systematisch in Verbindung stehen – die Spirit-Level-These. Vor der Antwort steht noch die knifflige Frage, welche Länder überhaupt in diese Zusammenhangs-Analyse einzubeziehen sind. Die Spirit-Level-Theorie beansprucht ja Gültigkeit nur für „reiche“ Länder. Doch ab welchem Pro-Kopf-Einkommen ist ein Land reich? Letztlich ist jede Grenze, die man zieht, willkürlich. In den Untersuchungen, die Wilkinson und Pickett präsentieren, ist Portugal das „ärmste“ Land (kritisch dazu Saunders 2010).

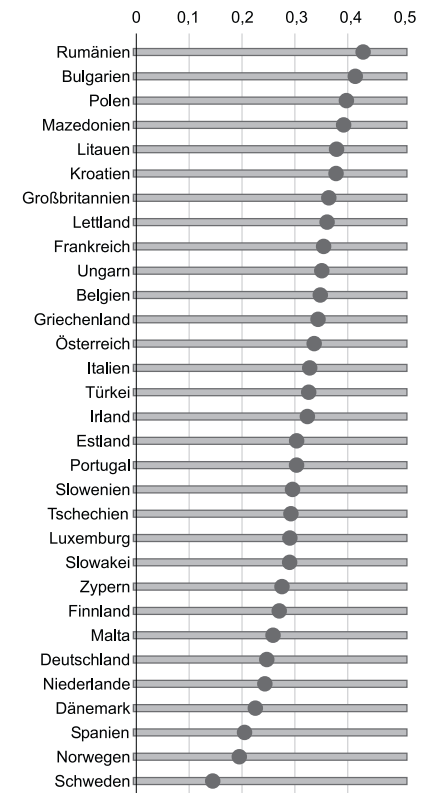
Um diesem Problem zu begegnen, führe ich die Berechnungen mit vier verschiedenen Länder-Sets durch, die wie russische Puppen ineinander verschachtelt sind.

- „Länderset 1“ basiert auf einer strengen Definition von „reich“; es beinhaltet alle EQLS-Länder, die mindestens ebenso wohlhabend sind wie Griechenland (19.200 Euro). Die Begründung hierfür liefert die Weltsystemtheorie: Griechenland ist das „ärmste“ der Länder, die über die letzten drei Jahrzehnte im weltweiten Maßstab immer zu den reichsten gehört haben. Für den EQLS 2 ergibt das 16 Länder.
- „Länderset 2“ (19 Länder) repliziert für Europa das Sample von Wilkinson und Pickett; hier bildet Portugal die Untergrenze (16.700 Euro).
- Für „Länderset 3“ verwende ich eine Schwelle von 12.000 Euro, was den Kreis auf 24 Länder erweitert (untere Grenze hier Litauen mit 12.200 Euro).
- „Länderset 4“ berücksichtigt schließlich alle 30 EQLS-Länder, egal ob reich oder – nach europäischen Maßstäben – arm. Nur Mazedonien fand wegen fehlender Daten zur Einkommensverteilung keine Berücksichtigung.

Statusunbehagen stärker in ungleichen Gesellschaften

Tabelle 2 zeigt nun separat für die vier Ländergruppen den Zusammenhang zwischen

Grafik 2: Durchschnittliches Statusunbehagen (0-1) in europäischen Ländern



Datenbasis: EQLS 2007

dem Ungleichheitsniveau einerseits und der Verbreitung von Statusunbehagen andererseits. Gleich welche Ländergruppe man betrachtet, immer ergibt sich die gleiche Tendenz: Mehr Statussorgen in ungleichen Gesellschaften. Der Zusammenhang ist überall stark und auch im statistischen Sinne stets signifikant (auf dem 5%-Niveau, für Länderset 2 auf dem 10%-Niveau). Die stärkste Korrelation (.58) zeigt sich für die reichsten 16 Länder (Set 1).

Ist das Wohlstandsniveau potenziell eine bessere Erklärung der Länderunterschiede? Nicht für die Wohlstandsgesellschaften. Bei den drei Sets reicher Länder bestehen keine Zusammenhänge zwischen Pro-Kopf-Einkommen und

Tabelle 2: Korrelation von Ungleichheit bzw. Wohlstand und Statusunbehagen auf der Länderebene

	Länder-set 1	Länder-set 2	Länder-set 3	Länder-set 4
	19.200 € und mehr	16.700 € und mehr	12.000 € und mehr	Alle Länder
	r	r	r	r
Ungleichheit (Gini-Index)	.58**	.43*	.46**	.40**
Wohlstand (BIP log)	-.14	-.16	-.29	-.57**
N (Länder)	16	19	24	30

BIP = Bruttoinlandsprodukt

Einfache Korrelationen, Signifikanzniveaus: * p < .1; ** p < .05; *** p < .01

Datenbasis: EQLS 2007

Tabelle 3: Der Einfluss von Ungleichheit und Wohlstand auf Statusunbehagen auf der Länderebene (OLS-Regressionen)

	Länder- set 1 19.200 € und mehr	Länder- set 2 16.700 € und mehr	Länder- set 3 12.000 € und mehr	Länder- set 4 Alle Länder
	b	b	b	b
Ungleichheit (Gini-Index)	0.012**	0.006*	0.005*	0.002
Wohlstand (BIP log)	0.037	-0.004	-0.023	-0.065**
Konstante	-0.451	0.168	0.365	0.887***
R ²	0.357	0.182	0.235	0.344
N (Länder)	16	19	24	30

BIP = Bruttoinlandsprodukt

Signifikanzniveaus: * p < .1; ** p < .05; *** p < .01

Datenbasis: EQLS 2007

durchschnittlichem Statusunbehagen. Ganz anders das Bild für Set 4 (alle Länder), bei dem mit steigendem Pro-Kopf-Einkommen die Statussorgen abnehmen. Der negative Zusammenhang ist sehr stark und statistisch hochsignifikant. Wie oben berichtet und in Grafik 2 zu sehen, ist Statusunbehagen v. a. in den vormals sozialistischen Neu-Mitgliedsstaaten und in den Kandidatenländern weit verbreitet, die alle weniger wohlhabend sind als die meisten Alt-Mitgliedsstaaten. So kommt der starke negative Zusammenhang über alle 30 Länder zustande.

Diese bivariaten Ergebnisse werden bestätigt, wenn man in Regressionsanalysen sowohl Ungleichheit als auch (mangelnden) Wohlstand als mögliche Ursachen für Statusunbehagen testet (Tabelle 3). Bei allen drei Sets reicher Länder ist es die Ungleichheit, nicht das Einkommensniveau, das das durchschnittliche Statusunbehagen beeinflusst. Im gemischten Set 4 (alle Länder) ist es genau umgekehrt: Mit dem Wohlstand sinkt das Statusunbehagen, während die Ungleichheit keinen Einfluss ausübt. Fazit: In Europa scheint es mit wachsender existentieller Sicherheit einen Wechsel von armutsgetriebenem Statusunbehagen zu ungleichheitsgetriebenem Statusunbehagen zu geben.

Auch die Wohlhabenden profitieren von mehr Gleichheit

Bleibt noch die Frage, ob Gleichheit auch „für alle“ gut ist, wie die Spirit-Level-Theorie weiterhin behauptet. Es ist durchaus denkbar, dass Gleichheit vor allem für den Gefühlshaushalt der Einkommensschwachen gut ist und deren Niveau an Statusunbehagen senkt, während die Einkommensstarken von ihr nicht beeinflusst werden. Um dies zu überprüfen, habe ich obige Regressionen mit der Einkommensverteilung und dem Pro-Kopf-Einkommen als Determinanten für die reichsten Länder (Set 1) wiederholt, und zwar nicht für die gesamte Bevölkerung, sondern separat für jede der vier Einkommensgruppen. Dabei werden zunächst die Statussorgen der Einkommensschwachen über die 16 reichsten Nationen hinweg verglichen, dann die des zweituntersten Quartils

usw. Gleich, welches Einkommensquartil man nun in den Blick nimmt, stets ist das Statusunbehagen in den egalitären Gesellschaften schwächer, auch unter Kontrolle des allgemeinen Wohlstandsniveaus, das keinen Einfluss ausübt. Mit anderen Worten: In Wohlstandsgesellschaften profitieren auch die Einkommensstarken emotional von Gleichheit, nicht nur die Einkommensschwachen.

Fassen wir zusammen. Erstens: Statusunbehagen folgt (fast) überall einem sozialen Gradienten, ist also „unten“ stärker als „oben“. Zweitens: Statusunbehagen belastet das individuelle Wohlbefinden. Drittens: In egalitären Gesellschaften werden die Menschen seltener von Statusunbehagen geplagt, zumindest wenn man „reiche“ Gesellschaften miteinander vergleicht. Geht man über den Kreis der Wohlstandsgesellschaften hinaus, schiebt sich das Wohlstandsniveau als Determinante in den Vordergrund. Viertens gilt für die reichsten Gesellschaften: Gleichheit ist gut für alle Einkommensschichten.

Können wir damit sicher annehmen, dass Statusunbehagen tatsächlich das zentrale Glied in der Kausalkette zwischen Ungleichheit und sozialen Problemen ist? Vieles spricht dafür, doch zwei Einschränkungen erscheinen mir angebracht: Die erste Einschränkung betrifft die geografische Reichweite der Theorie. Für Europa stimmt sie, aber auch für andere Weltregionen? Es ist eine offene Frage, ob der Zusammenhang zwischen Gleichheit und Statusunbehagen auch so deutlich zu Tage tritt, wenn man den Kreis der reichen Länder über Europa hinaus erweitert. Dies betrifft insbesondere asiatische Länder, da

Asiaten kulturell bedingt eine andere, höhere Ungleichheitstoleranz haben als Westeuropäer. Die zweite Einschränkung betrifft den „rechten“ Teil der Kausalkette, den Schritt von Statusunbehagen zum antisozialen Verhalten. Unklar ist, ob Statusunbehagen wirklich der Schlüssel zum Verständnis von selbstschädigendem und asozialen Verhalten ist und damit zu genau den sozialen Problemen führt, die bei Wilkinson und Pickett als „social ills“ im Mittelpunkt stehen. Ob dies der Fall ist, muss weitere Forschung klären.

1 Für detaillierte Informationen zu dieser Umfrage vgl. <http://www.eurofound.europa.eu/areas/qualityoflife/eqls/2007/>

De Botton, Alain, 2004: *Status Anxiety*. London: Penguin Books.

Lengfeld, Holger, Hirsche, Jochen, 2009: *Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg. Eine Längsschnittanalyse 1984-2007*. Zeitschrift für Soziologie 38: 379-398.

Newman, Katherine S., Ellis, Catherine, 1999: *“There’s No Shame In My Game”: Status and Stigma among Harlem’s Working Poor*. S. 151-181 in: Michèle Lamont (Hg.), *The Cultural Territories of Race: Black and White Boundaries*. Chicago: The University of Chicago Press.

Saunders, Peter, 2010: *Beware False Prophets. Equality, the Good Society and the Spirit Level*. London: Policy Exchange.

Sennett, Richard, Cobb, Jonathan, 1972: *The Hidden Injuries of Class*. New York: Alfred A. Knopf.

Veblen, Thorstein, 1989: *Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen*. Frankfurt a.M.: Fischer Verlag [deutsche Erstausgabe 1958; amerikanische Erstausgabe 1899].

Veenhoven, Ruut, 2008: *Measures of Gross National Happiness*. S. 231-253 in: OECD (Hg.), *Statistics, Knowledge and Policy 2007. Measuring and fostering the progress of societies*. OECD publishing.

Wilkinson, Richard, Pickett, Kate, 2010: *The Spirit Level: Why Equality is Better for Everyone*. London: Penguin Books.

■ Jan Delhey
School of Humanities and Social
Sciences, Jacobs University, Bremen
Tel.: 0421 / 200-3492
j.delhey@jacobs-university.de

Breite Zustimmung für das europäische Modell eines starken Sozialstaats

Ergebnisse aus dem Wohlfahrtsmodul des European Social Survey 2008

Die Sozialstaatlichkeit europäischer Prägung steht nicht nur aufgrund demographischer Entwicklungen vor großen Herausforderungen, sondern wird auch infolge der Finanzkrise der letzten Jahre in seinen Grundfesten bedroht. Die Garantie wohlfahrtsstaatlicher Fürsorge stellt im europäischen Kontext eine wichtige Säule für die Legitimität der Politik und der politischen Systeme dar. Für die anstehenden Grundsatzentscheidungen über die wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Prioritäten auf nationaler und internationaler Ebene sind daher die Einstellungen der Bürger von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Dieser Beitrag soll Einstellungen der Bürger zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen in sechs ausgewählten Ländern untersuchen. Als Datenbasis dient das Wohlfahrtsmodul des European Social Survey, das im Jahr 2008 erhoben wurde.

Der Wohlfahrtsstaat ist eine der großen Errungenschaften des europäischen Kontinents im 20. Jahrhundert, aber im 21. Jahrhundert steht er auf dem Prüfstand. Zum einen stellt der demographische Wandel, für den vor allem die umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme nicht ausgelegt sind, den Sozialstaat vor große Herausforderungen. Zum anderen stehen Sozialleistungen ganz oben auf der Streichliste einer Austeritätspolitik, die als ein probates Mittel gegen eine Staatsfinanzkrise gilt. Aktuell kann man in Griechenland, Spanien und Großbritannien beobachten, wie soziale Leistungen gekürzt, verschlankt oder völlig aufgegeben werden und dadurch Teile der Bevölkerung, die ohnehin schon unter den harschen Folgen der Finanzkrise leiden, noch weiter in Bedrängnis geraten. Die Proteste, mit denen die Bürger sich gegen diese Beschneidung des Wohlfahrtsstaats zu wehren versuchen, haben inzwischen länderübergreifende Formen angenommen. Da der Wohlfahrtsstaat eine wichtige politische Legitimationsquelle für Regierungen und demokratische Systeme Europas darstellt, ist eine zentrale Frage, wie hoch die Bürger die Bedeutung des Wohlfahrtsstaats einstufen.

Um ein besseres Verständnis dafür zu bekommen, wie sich die Einstellungen der Bürger gegenüber dem Wohlfahrtsstaat ihres Landes auf die Legitimität des politischen Systems auswirken, wurde in der 2008er Befragung des European Social Survey (ESS) ein sogenanntes rotierendes Modul „Welfare attitudes in a Changing Europe“ eingeschaltet¹. Für diesen Beitrag werden ausgewählte Fragen dieses Moduls verwendet, um der Frage nachzugehen, welche Bedeutung der Sozialstaat europäischer Prägung – jenseits aller Unterschiede in Organisationsform und Entwicklungsgrad – für die Bürger hat. Eine deskriptiv-vergleichende Analyse relevanter Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat soll zeigen, welche Einstellungen die Bürger dem Wohlfahrtsstaat entgegenbringen. Im Einzelnen

wird zunächst betrachtet, welche Aufgaben der Wohlfahrtsstaat aus Sicht der Bürger hat und wie die Bürger ihre eigenen Wohlfahrtsrisiken einschätzen. Die Bewertung der existierenden Wohlfahrtsstaaten aus Sicht der Bürger beleuchtet zum einen wahrgenommene positive und negative Effekte des Wohlfahrtsstaats und zum anderen die Zukunftsfähigkeit zentraler sozialstaatlicher Leistungen. Die grundlegende Frage schließlich, wie das Dilemma zwischen Steuern und Sozialleistungen gelöst werden soll, gibt Aufschluss über die Wünsche der Bürger hinsichtlich der Zukunft des Sozialstaats.

Wir beschränken uns bei der folgenden Untersuchung auf die Betrachtung von sechs Ländern. Eine Einbeziehung aller erhobenen 29 Länder würde nicht nur eine zu große Fülle von Ergebnissen liefern, sondern mehr Fragen aufwerfen als in diesem Rahmen bearbeitet werden könnten. Eine alternative Herangehensweise – z. B. eine geographische Gruppierung der vielen Länder – erscheint ebenfalls nicht opportun. Zwar gibt es eine Übertragung der Wohlfahrtstypologie von Esping-Andersen in geographische Regionen, doch steht bisher keine etablierte Zuordnung der ESS-Teilnehmerländer in diese Gruppen zur Verfügung. Daher wird hier der Ansatz einer beispielhaften Länderauswahl gewählt. Sechs Länder stehen hier in erster Linie für verschiedene geographische Regionen der Europäischen Union, die sich durch bestimmte wirtschaftliche, politische und soziale Rahmenbedingungen auszeichnen: Schweden, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Spanien und Polen. In ihren Regionen spielen die ausgewählten sechs Länder aufgrund ihrer Größe eine wichtige Rolle und stehen zudem beispielhaft für unterschiedliche Ausprägungen des Wohlfahrtsstaats.

– Schweden als nordeuropäisches Land gilt als Repräsentant der hochentwickelten Wohlfahrtsstaaten des sozialdemokratischen Typs

mit einer universalistischen sozialen Absicherung. Dieser hat jedoch seit den 1980er Jahren erhebliche Beschneidungen und Reformen erfahren.

– Großbritannien wird als Vertreter des angelsächsischen Sozialstaatsmodells gesehen, das in erster Linie auf die steuerbasierte Absicherung des Existenzminimums ausgerichtet ist. Die Bedeutung, die die Sozialpolitik unter New Labour gewonnen hat, wird ihr unter den regierenden Konservativen – insbesondere unter den Bedingungen der Finanzkrise – umso mehr beschnitten.

– Deutschland steht für das kontinentaleuropäische Sozialmodell, in dem ein beitragsbasiertes Sozialversicherungssystem die wesentlichen sozialen Risiken der Bürger abdeckt.

– Frankreich ist ebenfalls ein kontinentaleuropäisches Land, dessen Sozialstaat an der Kreuzung verschiedener Wohlfahrtstraditionen in Europa steht. Die staatliche Sozialversicherung, die die Grundrisiken abdeckt, wird durch ein genossenschaftliches Versicherungssystem ergänzt.

– Spanien steht für den südeuropäischen Typus des Wohlfahrtsstaates, der zwischen dem kontinentaleuropäischen und dem liberalen Regime steht und eine ergänzende Funktion zur Familie einnimmt. Aufgrund der ökonomischen Rahmenbedingungen ist der Sozialstaat hier deutlich weniger entwickelt als in den Ländern Nord- und Westeuropas, zugleich aber mit dem Bedarf einer modernisierten Gesellschaft an wohlfahrtsstaatlichen Leistungen konfrontiert.

– Polen steht als eines der postsozialistischen Länder für den Sozialstaat im Transformationsprozess, der, hervorgegangen aus dem realsozialistischen Erbe, zunächst die Risiken des Systemwandels abfedern musste und nun vor der Aufgabe steht, seine Leistungen den Lebensbedingungen in einer liberalen Marktwirtschaft anzupassen.

Auch bei Pflege und Kinderbetreuung hohe Verantwortlichkeit des Staates gesehen

Die Erwartungshaltung an den Wohlfahrtsstaat wird hier unter zweierlei Perspektiven betrachtet, zum einen mit Blick auf die dem Staat zugewiesenen Aufgaben und zum anderen hinsichtlich der wahrgenommenen individuellen Wohlfahrtsrisiken. Die erste Aufgabe des im Zuge der Industrialisierung der Gesellschaft entstandenen Wohlfahrtsstaats war die Fürsorge für Alte und Kranke; dazu gesellte sich der Schutz der Arbeitslosen vor Armut. In Zeiten wachsender Frauenerwerbstätigkeit wuchs der Bedarf an Unterstützung bei der Kinderbetreuung und bei der Pflege von Angehörigen. Welche Aufgaben dem Staat in der Wohlfahrtssicherung zufallen, hängt dabei nicht nur von ideologischen Positionen ab, die von einer minimalen Absicherung gegen Erwerbsrisiken bis zur umfassenden Versorgung aller Bürger reichen können. Auch das Vorhandensein weiterer Anbieter sozialer Leistungen (wie Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Genossenschaften etc.) beeinflussen die Bewertung der Rolle des Staates. Obwohl die verglichenen

Länder in beiden Punkten recht unterschiedliche Rahmenbedingungen aufweisen, sind sie sich in der Definition der Aufgaben des Staates auffallend ähnlich. Bei genauerem Hinschauen werden jedoch die Unterschiede zwischen den individuellen Länderprofilen sichtbar.

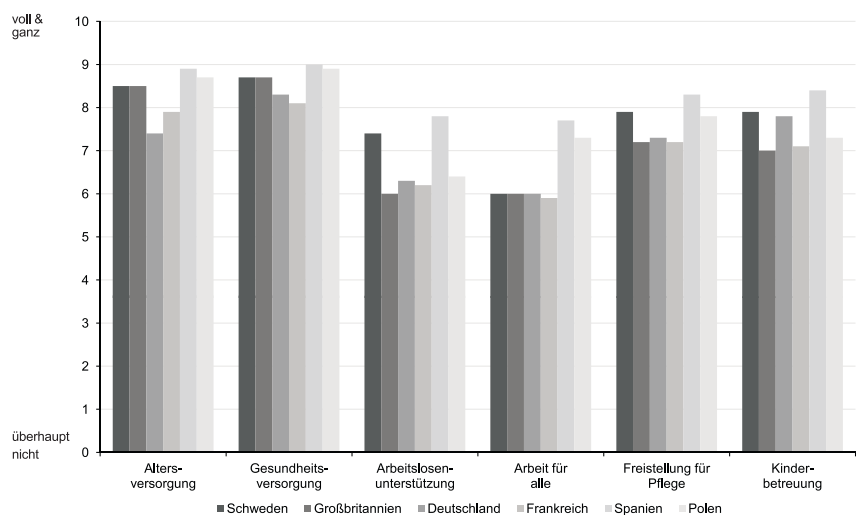
In Grafik 1 wird für sechs Wohlfahrtsleistungen dargestellt, wie stark die Bürger darin eine Zuständigkeit des Staates sehen. Die Gesundheits- und Altersversorgung sind die Leistungen, in denen die staatliche Zuständigkeit die stärkste Zustimmung erhält. Die Unterstützung von Arbeitslosen und die Bereitstellung von Arbeit spielt hingegen eine etwas weniger starke Rolle; nur in Spanien und Polen wird sie stärker gefordert. Dazwischen siedeln sich ‚modernere‘ Aufgaben des Staates an, nämlich die Leistungen zur Unterstützung Erwerbstätiger bei der familiären Pflege und der Kinderbetreuung.

Die Schweden äußern sich in allen Bereichen, außer der Arbeitsbeschaffung, deutlich zugunsten einer Zuständigkeit des Staates. Sie bestätigen hiermit ein existierendes System, das auch als erfolgreich eingeschätzt wird, wie noch zu zeigen sein wird. Ein deutlicher Ruf nach dem Staat ist auch von Spaniern und Polen zu vernehmen, wobei die spanischen Werte immer über den polnischen liegen. Hier werden nicht nur die klassischen Leistungen (Rente, Gesundheit) und die modernen Leistungen (Pflege, Kinderbetreuung), sondern auch die Fürsorge für Arbeitslose und die Arbeitsbeschaffung als zentrale Aufgaben des Staates gesehen. Darin spiegeln sich hohe wirtschaftliche und soziale Risiken unter den Bedingungen eines unterentwickelten Sozialstaats wider.

Die Deutschen hingegen weisen dem Staat – außer bei der Kinderbetreuung – oft eine etwas bescheidenere Rolle zu, meist gemeinsam mit Großbritannien und Frankreich. Deutsche und Franzosen sehen die Alters- und Gesundheitsversorgung weniger stark als Aufgabe des Staates an – möglicherweise werden hier beitragsbasierte Sozialversicherungssysteme als separate Akteure neben einem auf Steuerbasis agierenden Staat berücksichtigt. In Deutschland, Großbritannien und Frankreich wird überdies die Fürsorge des Staates für Arbeitslose und die Arbeitsbeschaffung weniger stark als Aufgabe des Staates gesehen; auch hier spielen vermutlich andere Akteure (wie z. B. die Wirtschaft) eine Rolle. Die moderneren Leistungen (Pflege, Kinderbetreuung) haben hier ebenfalls einen leicht geringeren Stellenwert als in Schweden einerseits und Spanien und Polen andererseits.

Insgesamt finden wir in allen verglichenen Ländern eine starke Zuweisung sozialer Aufgaben an den Staat, wobei sich lediglich die Schwerpunkte unterscheiden. In Schweden kann man dies als Zustimmung zu dem existierenden hochentwickelten Sozialstaat interpretieren. In Deutschland, Großbritannien und Frankreich erhält der Staat als stärkster Akteur neben anderen die größte Unterstützung in den

Grafik 1: Einschätzung zur Verantwortlichkeit des Staates für verschiedene Aufgaben



Frage­text: Menschen haben verschiedene Vorstellungen davon, wofür der Staat verantwortlich sein sollte und wofür nicht. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aufgaben auf einer Skala von 0 bis 10, wie sehr der Staat dafür verantwortlich sein sollte. 0 = überhaupt nicht dafür verantwortlich, 10 = voll und ganz dafür verantwortlich. Altersversorgung: „eine angemessene Lebensstandard im Alter“; Gesundheitsversorgung: „eine ausreichende Gesundheitsversorgung für Kranke“; Arbeitslosenunterstützung: „einen angemessenen Lebensstandard für Arbeitslose“; Arbeit für alle: „einen Arbeitsplatz für jeden, der arbeiten will“; Freistellung für Pflege: „eine bezahlte Freistellung von der Arbeit für Personen, die sich vorübergehend um kranke Familienangehörige kümmern müssen“; Kinderbetreuung: „ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten für berufstätige Eltern“.

Datenbasis: European Social Survey (2008), eigene Berechnungen

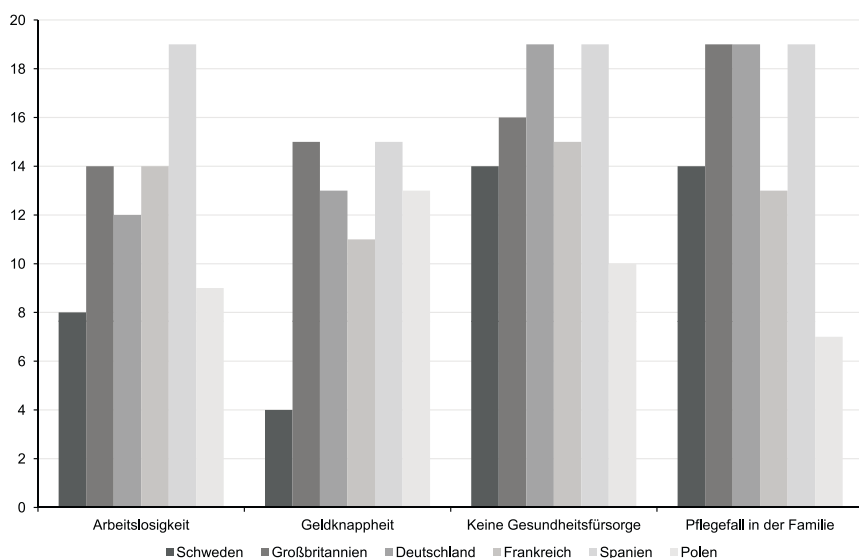
klassischen Bereichen Rente und Gesundheit. In Spanien und Polen ist es naheliegend, dass im Ruf nach dem Staat in allen Bereichen eine Unterversorgung mit Wohlfahrtsleistungen zum Ausdruck kommt.

Gesundheit und Pflege sind die größten subjektiven Wohlfahrtsrisiken

Eine andere Art, die Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat zu betrachten, ist der Blick auf die wahrgenommenen individuellen Wohlfahrtsrisiken. Der ESS 2008 enthält Fragen zu subjektiven Einschätzungen bezüglich vier persönlichen Wohlfahrtsrisiken: Arbeitsplatzverlust, Einkommensarmut, mangelnde Gesundheitsversorgung und Pflegefall in der Familie. In allen Ländern befürchtet immerhin fast ein Fünftel der Befragten, innerhalb der nächsten 12 Monate von diesen Wohlfahrtsrisiken betroffen zu sein. Zwischen den Ländern variieren diese Anteile jedoch deutlich und geben den Blick auf länderspezifische Risikoprofile frei. Den Verlust des Arbeitsplatzes fürchten 19% der Spanier, aber nur 8% der Schweden; in den übrigen Ländern sind es 12-14%. Angesichts der Auswirkungen der Finanzkrise insbesondere auf die Arbeitslosenquote in Spanien erweisen sich die Befürchtungen der Bürger dort als durchaus berechtigt. Eine Situation, in der „dem Haushalt nicht genügend Geld für die Güter des täglichen Bedarfs zur Verfügung steht“, befürchtet rund jeder achte Befragte in allen Ländern außer Schweden – hier hegt nur eine winzige Minderheit von 4% diese Sorge. Erstaunlich groß ist in allen Ländern – außer Polen – die Sorge, bei Krankheit nicht die gesundheitliche Versorgung zu erhalten,

die eigentlich benötigt würde. Jeder Fünfte (Deutschland, Spanien) beziehungsweise jeder Sechste (Großbritannien, Frankreich, Schweden) hegt diese Befürchtung. In Polen ist dies hingegen nur jeder Zehnte. Inwieweit diese Risikoeinschätzung realistisch ist, mag dahingestellt sein. Unter Umständen spiegelt sie jedoch auch die (weiter unten dargestellten) Ängste wider, die aus den wachsenden Finanzierungsproblemen des Gesundheitssystems erwachsen und die das Vertrauen der Bürger in ihre angemessene Versorgung unterminieren. Eine recht weit verbreitete Befürchtung ist die, in den nächsten 12 Monaten einen Pflegefall in der Familie zu haben, aufgrund dessen die Berufstätigkeit eingeschränkt werden muss. Aufgrund der unterschiedlichen Altersstrukturen in den verglichenen Ländern sind die subjektiven Risikoeinschätzungen von objektiven Risikostrukturen mit bedingt. Gleichzeitig schlägt sich in den Einschätzungen die Versorgung mit Unterstützungsleistungen nieder. In Großbritannien, Deutschland und Spanien befürchtet dies fast jeder Fünfte (19%). In Schweden, Frankreich und vor allem Polen wird diese Befürchtung seltener geäußert. Angesichts des demographischen Wandels sind die Ängste dort besonders hoch, wo die Unterstützung für die familiären Aufgaben Berufstätiger wenig etabliert ist, wie in Großbritannien, Deutschland und Spanien. Demgegenüber sind die Sorgen in den Ländern mit stärkerer Unterstützung für die familiären Aufgaben Berufstätiger, Frankreich und Schweden, geringer. Am wenigsten Sorgen machen sich hier die Polen, worin sich vermutlich auch traditionelle Strukturen (d. h. nicht erwerbstätige Frauen, die Familienaufgaben übernehmen) niederschlagen.

Grafik 2: Wahrgenommene persönliche Wohlfahrtsrisiken in den nächsten 12 Monaten (in %)



Arbeitslosigkeit: „Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Sie in den nächsten 12 Monaten arbeitslos werden und mindestens vier Wochen lang eine neue Stelle suchen müssen?“ **Geldknappheit:** „Und wie wahrscheinlich ist es, dass es in den nächsten 12 Monaten Zeiten geben wird, in denen Sie nicht genug Geld für die Güter des täglichen Bedarfs ihres Haushalts haben werden?“ **Keine Gesundheitsfürsorge:** „Und wie wahrscheinlich ist es, dass Sie in den nächsten 12 Monaten, wenn Sie krank werden sollten, nicht die gesundheitliche Versorgung erhalten werden, die Sie wirklich benötigen?“ **Pflegefall in der Familie:** „Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie in den nächsten 12 Monaten weniger Zeit für Ihre Berufstätigkeit haben werden als Sie möchten, weil Sie sich um Familienmitglieder oder um Verwandte kümmern müssen?“ Antwortkategorien: 1 = Überhaupt nicht wahrscheinlich, 2 = Nicht sehr wahrscheinlich, 3 = Wahrscheinlich, 4 = Sehr wahrscheinlich. Dargestellt sind die Anteile „Wahrscheinlich“ und „Sehr wahrscheinlich“.

Datenbasis: European Social Survey (2008), eigene Berechnungen

Mangel an Mitteln und Missbrauch werden als wichtigste Funktionsprobleme gesehen

Nachdem die Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat verglichen wurden, soll es nun um die Bewertungen des Wohlfahrtsstaats gehen. Die Auswirkungen von sozialen Leistungen werden nach fünf verschiedenen Aspekten betrachtet (Tabelle 1). Zunächst wird der Erfolg wohlfahrtsstaatlicher Leistungen danach beurteilt, ob dadurch weit verbreitete Armut verhindert wird und ob mehr Gleichheit in der Gesellschaft geschaffen wird. Erfolgreiche Armutsvermeidung sehen zwei Drittel der Schweden, Deutschen und Franzosen gewährleistet. In Großbritannien und Spanien sieht nur gut die Hälfte und in Polen etwas weniger als die Hälfte der Befragten dieses Ziel erreicht. Dass soziale Leistungen zu mehr Gleichheit in der Gesellschaft führen, glauben zwei Drittel der Schweden und über die Hälfte der Franzosen und Spanier. In Deutschland und Großbritannien meint dies weniger als die Hälfte der Befragten und in Polen nur gut ein Drittel. Beide Ziele (Armutsvermeidung und mehr Gleichheit) sehen also nur die Schweden mit deutlicher Mehrheit als erfüllt an; in den übrigen Ländern steht, mit Ausnahme Spaniens, der Erfolg bei Armutsvermeidung über dem von mehr Gleichheit. Die Effizienz des Wohlfahrtsstaats bemisst sich in der Bewertung der Bevölkerung daran, ob die sozialen Leistungen die Bedürftigen tatsächlich erreichen und ob ausreichend Mittel dafür zur Verfügung stehen.

Dass die sozialen Leistungen nicht zielgenau seien (also die wirklich Bedürftigen nicht erreichen), sagt nur ein Viertel der Schweden, aber etwa die Hälfte der Briten, Deutschen und Franzosen. In Spanien und Polen beklagen sogar zwei Drittel der Befragten diesen Mangel an Zielgenauigkeit. Dass nicht ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, meinen ein Drittel der Schweden, gut die Hälfte der Deutschen, Briten und Franzosen und die große Mehrheit der Spanier (71%) und Polen (86%).

Neben Erfolg und Effizienz gibt es aus Sicht der Bürger drei weitere Wirkungsaspekte, die man als unerwünschte Nebenwirkungen des Sozialstaats bezeichnen kann. Der erste Nebeneffekt besteht darin, dass wohlfahrtsstaatliche Leistungen zu einer zu großen Belastung der Volkswirtschaft und zu hohen Steuern und Abgaben für Unternehmen führen. Diese Effekte werden vor allem in Großbritannien und Frankreich gesehen (jeweils gut die Hälfte), gefolgt von Spaniern und Deutschen (weniger als die Hälfte), deutlich weniger hingegen in Schweden und Polen (gut ein Drittel). Darin mögen sich nicht nur gesellschaftspolitische Denktraditionen niederschlagen, sondern auch ein Problembewusstsein hinsichtlich der Finanzierung des Wohlfahrtsstaats seitens der Bürger ausdrücken.

Ein zweiter Nebeneffekt von Wohlfahrtsleistungen kann in einer nachlassenden Eigenverantwortung liegen. Dass Sozialleistungen

zu Faulheit und weniger Eigenverantwortung führen, befürchten in erster Linie die Bürger in Großbritannien (zwei Drittel), mit Abstand gefolgt von Franzosen und Polen. Spanier, Deutsche und Schweden sehen dagegen nur zu gut einem Drittel einen solchen negativen Effekt. Dass soziale Leistungen zu weniger Eigenverantwortung führen, meinen vor allem die Franzosen, Briten und Polen (um die Hälfte) gegenüber nur einem Drittel der Deutschen, einem Viertel der Schweden und einem Fünftel der Spanier. Ein dritter Nebeneffekt kann darin gesehen werden, dass soziale Leistungen zu mangelnder Gemeinwohlorientierung führen, was sich wiederum in Missbrauch und einem schwindenden Engagement für andere ausdrückt. Missbrauch von Sozialleistungen sehen große Anteile der Bürger in allen verglichenen Ländern. Die Spanne reicht von der Hälfte der Schweden über zwei Drittel der Franzosen, Deutschen und Spanier bis zu drei Viertel der Briten und Polen. Den Mangel an Fürsorge der Bürger für andere sehen die Befragten deutlich seltener. In Schweden trifft dies auf ein Viertel, in Spanien auf ein Drittel und in den übrigen Ländern auf knapp die Hälfte der Befragten zu.

Zieht man die Bilanz dieser Bewertungen, wird der Wohlfahrtsstaat als weitgehend erfolgreich, aber unterfinanziert angesehen. Neben den Belastungen für die Wirtschaft werden vor allem Faulheit und Missbrauch als die wichtigsten unerwünschten Nebeneffekte angesehen. Die Einstellung, dass soziale Leistungen zu weniger Eigenverantwortung und weniger Engagement für andere führen, wird nur in manchen Ländern – und hier besonders in Großbritannien – stark vertreten. Die Vermeidung von Missbrauch und die Erhöhung der Zielgenauigkeit der sozialen Leistungen sind aus dieser Sicht die wichtigsten Maßnahmen für eine Effizienzsteigerung des Wohlfahrtsstaats.

Beibehalten des Status Quo der sozialen Leistungen breiter Konsens

Wenden wir uns schließlich den Kosten und der Finanzierung der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen zu. Die grundlegende Richtungsentscheidung, vor die die Befragten gestellt werden ist, ob Steuern gesenkt und Sozialleistungen reduziert oder ob Steuern erhöht und Sozialleistungen ausgeweitet werden sollen. Sie werden gebeten, ihre Meinung auf einer Skala von 0 bis 10 anzugeben, wobei der Skalenpunkt 0 das Extrem eines „schwachen“ Staates (niedrige Steuern und Sozialleistungen) und der Skalenpunkt 10 eines „starken“ Staates (hohe Steuern und Sozialleistungen) darstellt. Ein Blick auf die Verteilungen in den Ländern zeigt, dass sich über ein Drittel (30-45%) der Befragten auf dem Skalenmittelpunkt 5 einordnen. Die übrigen Skalenpunkte liegen unter 15% mit abfallender Tendenz zu den Skalenenden. Die Mittelwerte der verglichenen Länder gruppieren sich entsprechend eng um den Skalenmittelpunkt 5. In Richtung mehr Steuern und Leistungen tendieren Schweden (5,44), Spanien (2,24) und Großbritannien (5,18). Frankreich (5,03) platziert sich genau

Tabelle 1: Bewertungen von Wirkungen und Nebeneffekten wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen (Zustimmung in %)

	Schweden	Großbritannien	Deutschland	Frankreich	Spanien	Polen
Armutsvermeidung	67	57	67	66	53	46
Mehr Gleichheit	64	41	45	59	57	37
Nichtinanspruchnahme	23	51	46	50	63	67
Zu niedriges Leistungsniveau	33	57	50	60	71	86
Belastung für die Volkswirtschaft	27	52	39	52	41	29
Belastung für die Unternehmen	36	51	45	58	49	41
Faulheit	37	66	40	47	41	47
Weniger Eigenverantwortung	25	50	35	53	21	46
Missbrauch	51	77	68	62	69	78
Mangelnde Fürsorge	27	49	43	49	34	44

Armutsvermeidung: „Sozialleistungen in <Land> verhindern weit verbreitete Armut.“ **Mehr Gleichheit:** „Sozialleistungen in <Land> führen zu mehr Gleichheit in der Gesellschaft.“ **Nichtinanspruchnahme:** „Viele Menschen mit sehr geringen Einkommen erhalten weniger Sozialleistungen als ihnen gesetzlich zustehen.“ **Zu niedriges Leistungsniveau:** „Die Sozialleistungen in <Land> sind unzureichend um den Menschen zu helfen, die wirklich in Not sind.“ **Belastung für die Volkswirtschaft:** „Sozialleistungen in <Land> belasten die Volkswirtschaft zu stark.“ **Belastung für die Unternehmen:** „Sozialleistungen in <Land> kosten die Unternehmen zu hohe Steuern und Abgaben.“ **Faulheit:** „Sozialleistungen in <Land> machen die Menschen faul.“ **Weniger Eigenverantwortung:** „Sozialleistungen in <Land> tragen dazu bei, dass die Menschen weniger bereit sind, sich um sich selbst und ihre Familien zu kümmern“. **Missbrauch:** „Viele Menschen schaffen es, dass sie Leistungen und Dienstleistungen erhalten, die ihnen nicht zustehen.“ **Mangelnde Fürsorge:** „Sozialleistungen in <Land> tragen dazu bei, dass die Menschen sich weniger umeinander kümmern.“

Antwortkategorien: 1 = Stimme stark zu, 2 = Stimme zu, 3 = Weder noch, 4 = Lehne ab, 5 = Lehne stark ab. Dargestellt sind die Anteile „Stimme stark zu“ und „Stimme zu“.

Datenbasis: European Social Survey (2008), eigene Berechnungen

auf der Skalenmitte. In Richtung weniger Steuern und Leistungen tendieren Deutschland (4,77) und Polen (4,47).

Die häufige Wahl des Skalenmittelpunktes kann durch unterschiedliche Beweggründe motiviert sein. Die erwünschte inhaltliche Aussage ist die, dass der Status Quo beibehalten wird und Steuern und soziale Leistungen unverändert bleiben. Die überproportionale Nutzung der Skalenmitte kann aber auch ein höflicher Ausdruck einer Nicht-Einstellung, also einer nicht vorhandenen Einstellung, sein. Die Entscheidungsfrage, wie sie hier gestellt worden ist, stellt sich dem europäischen Bürger – anders als etwa dem US-amerikanischen – im politischen Diskurs seines Landes selten in dieser Klarheit und Einfachheit. Das Ergebnis kann

also bedeuten, dass die politische Streitfrage ‚Steuern senken versus Leistungen erhöhen‘ in der europäischen Bevölkerung weniger klar verankert ist als etwa in den Vereinigten Staaten, wo sie zum normalen Wahlkampfrepertoire gehört.

Um den potentiellen Mehrheiten dennoch auf die Spur zu kommen, werden die Antwortverteilungen beiderseits des Skalenmittelpunktes zusammen gruppiert (Tabelle 2) und im Folgenden miteinander verglichen. In Schweden, Großbritannien und Spanien überwiegt der Anteil derjenigen, die mehrheitlich eine Ausweitung von Leistungen und eine Erhöhung von Steuern wünschen. In Frankreich halten sich die Befürworter beider Seiten die Waage. In Polen und Deutschland überwiegt die Gruppe derer, die

sich für Senkung von Steuern und Sozialausgaben aussprechen. Der Fall Polens mag hier zunächst erstaunen, doch können mit Abbau nicht nur zentrale Leistungen eines modernen Wohlfahrtsstaats gemeint sein, sondern auch überkommene Elemente einer realsozialistischen Subventionswirtschaft. Anhand der verfügbaren Daten kann diese Vermutung jedoch nicht überprüft werden. Unter dem Strich kann man die Ergebnisse dahingehend interpretieren, dass die Befragten grundsätzlich den jeweils existierenden Wohlfahrtsstaat erhalten sehen wollen und für politische Positionen, die einen Rückzug des Staates aus der sozialen Verantwortung fordern, eher wenig empfänglich sind.

Als allgemeines Fazit ist festzuhalten, dass die Beibehaltung des europäischen Modells eines starken Staates, der wichtige wohlfahrtsstaatliche Leistungen für seine Bürger bereithält, in allen hier verglichenen Ländern eine starke Unterstützung erhält. Alters- und Gesundheitsversorgung sowie Armutsvermeidung gehören zu seinen Aufgaben ebenso wie die Unterstützung der Erwerbstätigen bei familiären Pflege- und Betreuungsaufgaben. Hinsichtlich des Umfangs der sozialstaatlichen Leistungen wird im Großen und Ganzen die Beibehaltung des Status Quo gewünscht. Die Einstellungen reflektieren deutlich den Entwicklungsgrad des Wohlfahrtsstaats in den sechs hier verglichenen Ländern. In Schweden, mit dem am besten entwickelten Wohlfahrtsstaat, stellen die Bürger zwar hohe Anforderungen an den Sozialstaat, sind jedoch mit seinem Funktionieren am stärksten zufrieden und erhoffen sich eher eine Ausweitung. In Großbritannien, Deutschland und Frankreich mit unterschiedlichen, aber ebenfalls etablierten Wohlfahrtsstaaten sind die Erwartungen etwas zurückhaltender, vor allem jedoch sehen sich die Bürger häufiger mit Wohlfahrtsrisiken konfrontiert. Wahrgenommene Probleme der Effizienz und der Zukunftsfähigkeit führen nicht dazu, den Wohlfahrtsstaat an sich in Frage zu stellen. In Spanien und Polen schließlich ist der Ruf nach dem Sozialstaat am lautesten, da sich die Bevölkerung erheblichen Wohlfahrtsrisiken ausgesetzt sieht. Der existierende Sozialstaat wird als zu schwach und ineffizient eingestuft, doch auch hier führt dies eher zu höheren wohlfahrtsstaatlichen Forderungen. Die hier präsentierten Ergebnisse zeigen exemplarisch, dass die Sozialstaatlichkeit europäischer Prägung für die Bürger von elementarer Bedeutung ist.

1 *Das zuständige Team hat dem Modul eine Reihe von Forschungsfragen zugrundegelegt, die in einem aktuell erscheinenden Buch von Svallfors et al. „Contested welfare states – welfare attitudes in Europe and beyond“ untersucht werden.*

Svallfors, Stefan et al. (2012): *Contested welfare states – welfare attitudes in Europe and beyond*. Stanford University Press.

Tabelle 2: Präferenzen für die Entwicklung von Steuern und Sozialleistungen (in %)

	Schweden	Großbritannien	Deutschland	Frankreich	Spanien	Polen
Steuern und Leistungen senken (1-4)	28	33	32	30	26	40
Skalenmittelpunkt (5)	29	30	45	40	39	37
Steuern und Leistungen erhöhen (6-10)	43	38	23	30	35	22

Fragetext: „Viele Sozialleistungen werden aus Steuergeldern finanziert. Wenn sich der Staat zwischen zwei Alternativen entscheiden müsste, was sollte er wählen? Entweder die Steuern erhöhen und mehr für Sozialleistungen ausgeben oder die Steuern senken und weniger für Sozialleistungen ausgeben?“ Skala von 0 = „Der Staat sollte die Steuern stark senken und viel weniger für Sozialleistungen ausgeben“ bis 10 = „Der Staat sollte die Steuern stark erhöhen und viel mehr für Sozialleistungen ausgeben“.

Datenbasis: European Social Survey (2008), eigene Berechnungen

■ **Angelika Scheuer, GESIS**
Tel.: 0621 / 1246-249
angelika.scheuer@gesis.org

Herausgeber

GESIS – Leibniz-Institut für
Sozialwissenschaften
Zentrum für Sozialindikatorenforschung

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21 / 12 46-0
www.gesis.org/soziale-indikatoren

Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion

Dr. Stefan Weick

Satz und Druck

Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30,
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung

Kognito, Berlin

GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

Sektion Soziale Indikatoren auf dem Soziologie- kongress 2012

Die Sektion Soziale Indikatoren wird sich am 36. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie „Vielfalt und Zusammenhalt: Gesellschaftliche Herausforderungen und Chancen“, der an der Ruhr-Universität Bochum vom 1.-5. Oktober 2012 stattfinden wird, mit zwei Veranstaltungen beteiligen.

- Vielfalt und Zusammenhalt aus dem Blickwinkel sozialer Indikatoren
- Outcomes als Schlüsselkategorien gesellschaftlicher Selbstbeobachtung – am Beispiel von Lebenserwartung, Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Partizipation (zusammen mit der Sektion Medizin- und Gesundheitssoziologie)

Die entsprechenden Calls for Papers für die beiden Veranstaltungen finden Sie auf der Website des ZSi (www.gesis.org/soziale-indikatoren). Die Deadline für die Einreichung von Abstracts ist der 15. April 2012.

2. Forum der International Sociological Association (ISA): Programm des Research Committee 55 “Social Indicators”

Buenos Aires, Argentinien, 1.-4. August 2012

Das Research Committee on Social Indicators (RC55) veranstaltet im Rahmen des in diesem Jahr zum zweiten Mal stattfindenden ISA-Forums dreizehn inhaltliche Sessions, darunter zwei „joint sessions“ in Zusammenarbeit mit dem Research Committee 31 „Sociology of Migration“. Als Programme Coordinator fungiert Mariano ROJAS (Mexico):

- Inequality in quality of live, well-being and happiness (Christian SUTER, Switzerland)
- Objective living conditions, poverty, and social status (Jan DELHEY, Germany)
- World suffering (Ronald ANDERSON, United States)
- Measuring and monitoring social progress (2 sessions; Heinz-Herbert NOLL, Germany & Rob BIJL, Netherlands)
- Keynote speaker session: Ruut VEENHOVEN: Quality of life: Its past and its future (Mariano ROJAS, Mexico)
- Methodological issues in constructing complex social indicators (Filomena MAGGINO, Italy)
- Translating research on subjective well-being into public policies (Esteban CALVO, Chile)
- Assessing quality of life and social development: Notions, approaches and indicators (Graciela TONON, Argentina & Agustín SALVIA, Argentina)
- Human relations and its importance for well-being (Emilio MOYANO, Chile)
- Migration and quality of life (2 sessions; together with RC 31; David BARTRAM, United Kingdom & Sergiu BALTADESCU, Romania)
- Social indicator databases (Ruut VEENHOVEN, Netherlands)